

Peter Ullrich

Die britische Linke

Article, Published version

This version is available at <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:kobv:83-opus4-73090>.



Suggested Citation

Ullrich, Peter: Die britische Linke. - In: International : Informationsschrift für Friedens- und internationale Politik. - 38 (2008), 1. - S. 76-91.

Terms of Use

German Copyright applies. A non-exclusive, non-transferable and limited right to use is granted. This document is intended solely for personal, non-commercial use.

Kongos geben. Aber Goma könnte ein Anfang sein, wenn neben den nationalen Bemühungen auch der internationale Druck auf alle Beteiligten an diesem Konflikt in Richtung auf einen dauerhaften Frieden im Osten der DR Kongo verstärkt wird.

Anmerkungen:

- 1 United Nations Development Programme, Human Development Report, 2000 and 2006.
- 2 Siehe dazu Quart, Lissy: *Krise und Krieg in Zentralafrika. Zur Entwicklung in der DR Kongo*. In: *Die Linke.PDS. International*, Ausgabe 1/2006, S. 108 – 113.
- 3 Die ersten Wahlen im Kongo hatten die belgische Kolonialherrschaft beendet und dem Land 1960 die politische Unabhängigkeit gebracht. Patrice Lumumba, heute Symbol des afrikanischen Befreiungskampfes, wurde Premier der neuen Republik. Nur sechs Monate später wurde er auf Betreiben belgischer und amerikanischer Wirtschafts- sowie Geheimdienstkreise ermordet.
- 4 Siehe Twenty-third report of the Secretary-General on the United Nations Organization Mission in The Democratic Republic of Congo, 20 March 2007.
- 5 Siehe Twenty-fourth report of the Secretary-General on the United Nations Organization Mission in the Democratic Republic of Congo, 14 November 2007.
- 6 Das sind junge Leute, die im Schutz des Urwalds in den geschützten Nationalparks von Ninja und Mugaba kampieren und ihren Lebensunterhalt durch bewaffnete Überfälle auf Dörfer in der Region sichern. Sie tragen ihre Haare als Rasta-Locken; daher die Bezeichnung.
- 7 Siehe Report of the Secretary-General pursuant to paragraph 8 of resolution 1698 (2006) concerning the Democratic Republic of Congo, 8 February 2007, S. 3.
- 8 Siehe ebenda, S. 7.
- 9 Siehe ebenda, S. 6.
- 10 Siehe ebenda.
- 11 Siehe ebenda.
- 12 Im Januar 2007 gab es Friedensverhandlungen zwischen Nkundabatware und der Regierung der DR Kongo, vermittelt von Ruanda. Das Ergebnis war faktisch ein Abkommen zur Machtsicherung Nkundabatwares. Er verpflichtete sich, die Streitkräfte der DR Kongo nicht mehr anzugreifen. Stadt und Region Goma (an der Grenze zu Rwanda) blieben unter seiner Kontrolle. Teile seiner Truppen sollten in die kongolesischen Streitkräfte integriert werden. Er behielt das Kommando über die ihm verbleibenden Truppen mit der Aufgabe, die Hutu-Milizen zu vernichten. Letztere sollten aber gemäß früheren Abkommen längst in ihre Heimat zurück gekehrt sein.
- 13 Digitalcongo.net. Pressespiegel aus Kinshasa über den Verlauf der Goma-Konferenz am 18.1.2008.
- 14 Siehe *Der Fischer Weltatmanach 2008*, Frankfurt a. M., 2007, S. 287.

Analyse

Die britische Linke

Von Peter Ullrich, Kulturwissenschaftler und Soziologe an der Universität Leipzig

Auszug aus der Dissertation „Die Linke, Israel und Palästina. Diskursive Gelegenheitsstrukturen und die linken Nahostdiskurse in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland“, die sich auf zahlreiche Interviews mit AktivistInnen der britischen Linken, auf eine breite Auswertung von Dokumenten und einschlägiger Literatur stützt. Auf Quellangaben wurde bei diesem Nachdruck aus Platzgründen verzichtet. Bei Bedarf können sie beim Verfasser erfragt werden (ullrich@uni-leipzig.de).

Wer ist die britische Linke?

Konfliktlinien, Lager und Organisationen

Mit dem Begriff „die Linke“ lassen sich in Großbritannien politische Parteien, Gruppierungen und Bewegungen zusammenfassen, die sich auf einem impliziten Links-Rechts-Kontinuum links von der Labour Party befinden. Eingeschlossen in die Linke wird jedoch meist deren „linker Rand“, die Labour Linke, die sich derzeit insbesondere um die *Socialist Campaign Group* konzentriert. Dieses Verständnis der Grenzziehung nach rechts wird entweder explizit geäußert oder ergibt sich implizit als die Summe der genannten Lager oder Strömungen. Großbritannien unterscheidet von vielen kontinentaleuropäischen Ländern, dass es nie eine starke kommunistische, sozialistische oder anarchistische Partei mit Massenbasis gab.¹ Somit war die Labour Party mit ihrer tiefen gewerkschaftlichen Verankerung immer auch Handlungsfeld und Bezugspunkt für sonst zu Bedeutungslosigkeit verdamnte andere Linke.

Zur Linken gezählt wurden v. a. die sozialistischen (marxistischen, kommunistischen, leninistischen, trotzkistischen) Gruppen, Parteien und Personen; ferner die libertäre, anarchistische Linke und eine Reihe von Bewegungen, Kampagnen und Themen. Gibt es aber neben den einzelnen Lagern auch grundlegendere Begrifflichkeiten, mit denen sich „die Linke“ beschreiben lässt? Für die Darstellung kann auf die grundsätzlichen Beschreibungsdimensionen, die auch für die deutsche Linke gelten, zurückgegriffen werden. Daran müssen jedoch einige Modifikationen vorgenommen werden.

Ganz klar stellt ein antagonistisches Verhältnis den zentralen Konflikt in der britischen Linken dar. Es ist dies der Materialismus-Postmaterialismus-Konflikt, welcher sich in Großbritannien weitaus deutlicher gestaltet und eine kaum durchdringbare Grenze schafft, die weit einschneidender wirkt als ihr bundesdeutsches Pendant. Auf der einen Seite stehen die klassischen sozialistischen und hierarchisch strukturierten Organisation, die strategisch auf Massenmobilisierung fokussieren (weiter: sozialistische Linke). Auf der anderen stehen die vielfältigen, nicht hierarchischen radikalen Linken und Neuen Sozialen Bewegungen, die über *direct action* als bevorzugte Handlungsoption verfügen (weiter: libertäre Linke). Die Stärke dieses Antagonismus und Über-



einstimmungen hinsichtlich des Aktionsrepertoires führt dazu, dass die Grenze zwischen reformorientierten und radikalen Linken deutlich weniger scharf ist. Trotzdem gibt es sie. Innerhalb des sozialistischen Feldes hängt diese zweite (Radikalitäts-)Linie vor allem mit der Frage des Verhältnisses zur Labour Party zusammen, und trennt diejenigen, die um die und mit der Labour Party für den Sozialismus/Kommunismus etc. kämpfen wollen, von denen, die dies außerhalb Labours tun. Die libertäre Abgrenzung von der anderen Gruppe erfolgt aufgrund ihrer Frustration durch Methoden und Arbeitsweisen der organisierten SozialistInnen bei gleichzeitiger Anerkennung inhaltlicher Gemeinsamkeiten, z. B. in der Regel übereinstimmend positiver prinzipieller Wertung des Konzeptes Sozialismus.

Die untenstehende Tabelle fasst die verschiedenen gegensätzlichen Begriffe zusammen, wie sie, meist gut entlang dieser Konfliktlinie anzuordnen, in den Interviews beschrieben wurden und die sich als Ebenen oder Dimensionen der Konfliktlinie verstehen lassen.

Die letzte Unterscheidung in obenstehender Tabelle ist die historisch jüngste; sie wurde während der Vorbereitung des Europäischen Sozialforums prominent, das im Oktober 2004 in London stattfand.

Die Begriffe vertikal/horizontal sollen die unterschiedliche Organisationsstruktur beschreiben – auf der einen Seite klare Hierarchien, Ämter, Weisungen, oft das bekannte leninistische Parteiorganisationsprinzip mit dem euphemistischen Namen „demokratischer Zentralismus“ und auf der anderen Seite flache Hierarchien (mit angestrebter Hierarchielosigkeit), Basisdemokratie oder Konsensorientierung mit dem Hauptzielen Unabhängigkeit und – sehr abstrakt verstanden – Freiheit. Auf dieser Grundlage werden hierarchische Organisationsformen abgelehnt als ein Mittel, dass sich nicht eigne, um Herrschaft von Menschen über Menschen zu überwinden.

Zwischen den beiden großen Lagern der Linken besteht eine Beziehung, die von Nichtbeachtung über Vorsicht und Argwohn bis hin zu Feindseligkeit reicht.

Die aus libertärer Sicht negativen Aspekte an den als zu hierarchisch empfundenen sozialistischen Parteien kristallisieren sich häufig am Feindbild *Socialist Workers Party (SWP)*, die die ganze antiautoritäre Wut auf sich zieht. Die trotzkistische SWP ist somit nicht nur größte, aktivistischste, kurz wichtigste Partei der Linken außerhalb Labours, sondern er-

weist sich auch in der Abgrenzung als wichtigster Bezugspunkt.

Wie auch im deutschen Fall korreliert diese Materialismus-Postmaterialismus-Konfliktlinie auch mit der sozialen Frage. Tendenziell stehen die libertären Gruppen mit ihrer Werteorientierung der sozialen Frage deutlich ferner als die SozialistInnen. Doch, wie weiter unter ausgeführt wird, orientiert sich auch ein großer Teil der AnarchistInnen an Klassenpolitik, somit sind Organisations- und Aktionsform ihre entscheidenden Elemente.

Die Deutlichkeit der Lagerabgrenzung zeigt sich auch im Fehlen von Akteuren, die dauerhaft zwischen den beiden Seiten angesiedelt oder auf beiden Seiten verwurzelt sind. Intermediäre Netzwerke, wie sie in der Bundesrepublik v. a. durch Attac repräsentiert werden, fehlen weitgehend. Nur die *Campaign for Nuclear Disarmament (Kampagne für nukleare Abrüstung – CND)* ist über Lagergrenzen hinweg anerkannt. Und nur wenige vereinzelte Akteure, wie die Zeitschrift Red Pepper werden einer nicht lagermäßig festgelegten unabhängigen Linken zugeordnet.

Das sozialistische Lager

Das sozialistische Lager der Linken steht ganz klar in einer leninistisch geprägten Tradition. Der Einfluss schon damals rivalisierender (Luxemburg, Rätekommunismus, Linkskommunismus) und den Marxismus erneuernder Strömungen (Gramsci, Althusser/Strukturalismus, Operaismus, Situationismus) war nie groß. In diese Gruppe gehören Parteien und Gruppierungen, die sich selbst meist als kommunistisch oder sozialistisch bezeichnen. Neben Überresten des Kommunismus und Stalinismus dominiert die trotzkistische Tradition des Sozialismus, die auch einen großen Teil der Labour-Linken prägt. Sehr abstrakte Einigkeit besteht in der angestrebten grundsätzlichen Umgestaltung der Gesellschaft (auf revolutionärem oder reformistischem) Weg in eine sozialistische. Der Konflikt über den Weg kristallisiert sich in Großbritannien vorrangig an der Frage des Verhältnisses zur *Labour Party*.

Ist die *Labour Party* aber wirklich noch ein Agent des Wandels zu einer sozialen oder gar sozialistischen Politik? Dass Labour dafür gewonnen werden kann, die Sache des Sozialismus voran zu bringen, ist Ansicht der in der Labour Party selbst tätigen Linken, aber auch beispielsweise der *Communist Party of Britain (CPB)* und mit ihr vieler Gewerk-

Selbstbeschreibungen britischer Linker auf der Materialismus/Postmaterialismus-Konfliktlinie		
Dimension	Ausprägung (Oppositionspaare)	
	materialistisch	postmaterialistisch
Ideologisch-dogmatisch	SozialistInnen, trotzkistische/leninistische Linke	AnarchistInnen, libertäre, (independent left)
Aktionsform (Anspruch)	Massenmobilisierung	direct action
Organisationsform	Partei, vertikal	nicht hierarchisch, Kleingruppen, horizontal



schafterInnen. Sie sehen in Labour die dominante und historisch legitimierte Kraft, an der nicht vorbei zu kommen ist. Zudem stellt das britische Mehrheitswahlrecht kleinere Konkurrenten zumindest auf nationaler Ebene vor fast unüberwindbare Hürden. Nicht alle Unzufriedenen wollen aber vor diesen kapitulieren.

Der *national organiser*² einer anderen Nachfolgepartei der ursprünglichen britischen kommunistischen Partei, der kleinen *Communist Party of Great Britain (CPGB)*, kritisiert die auf Labour orientierten Genossen heftig und glaubt selbst nicht mehr, dass diese aus strategisch wohlüberlegten Gründen noch immer die allgemein als neoliberal eingeschätzte Labour Party wählen, sondern mittlerweile aus bloßer Gewohnheit.

Diese Frage ist seit jeher ein Thema der sogenannten *far left (extremen Linken)*, ein Terminus, der hauptsächlich die revolutionären Organisationen links der Labour Party, also Kommunisten und Sozialisten aller Couleur, bezeichnet. Diese schwankten immer zwischen offener Arbeit innerhalb der Partei, verdecktem Entrismus und Unterstützung von außen. In manch einer Person oder Gruppierung vereinigen sich alle Möglichkeiten. Doch ein großer Teil der linken Gruppen konzentriert sich derzeit auf die Arbeit in eigenen Parteien und Bündnissen, denn gerade Labour in der Regierung unter Tony Blair und jetzt Gordon Brown verkörpert für sie eine Rechtswende, hin zu untragbaren Prinzipien und somit die Diskreditierung der Partei.

Die Gegenposition des Kampfes für eine linke Politik unabhängig von Labour vertreten v. a. Bündnisse wie die *Socialist Alliance and Respect*, sowie die *Scottish Socialist Party*, welche dementsprechend bei Wahlen mit eigenen Kandidaten auch gegen Labour antreten.

Die Labour-Linke

Die Linke innerhalb der *Labour Party* und besonders in ihrer Parlamentsfraktion (*Parliamentary Labour Party*) ist heute äußerst schwach und heterogen. Ganz anders war die Situation Anfang der achtziger Jahre, als mit Michael Foot ein Vertreter der Linken kurzzeitig die Partei führte und mit der *Militant Tendency* eine revolutionäre Gruppe über einigen Einfluss verfügte. Die derzeitige Bedeutungslosigkeit der Linken reflektiert v. a. den Umbau der Partei unter der Führung Tony Blairs (Parteivorsitz 1994–2007). Mit der fortan gebräuchlichen Bezeichnung *New Labour* war mehr als ein neuer Name verbunden. Der kategoriale Politikwechsel kam am deutlichsten in der Änderung von Artikel IV des Parteistatuts zum Ausdruck, worin bis 1994 die Nationalisierung der Produktionsmittel gefordert wurde. Heute enthält die Stelle nur unverbindliche Wertorientierungen. Der Parteiumbau wirkte sich auch auf die interne Struktur aus. Die Mitgliederzahlen sanken immens (von über 400 000 im Jahr 1997 auf nunmehr ca. 200 000) und die Partei wurde stärker zentralisiert.

Die Linke steht diesem Prozess höchst feindselig gegenüber, bleibt aber in der Partei, weil zu dieser als Repräsentantin der Arbeiterbewegung keine realistische Alternative gesehen wird. Es gibt daher in der Partei eine Vielzahl von oppositionellen Initiativen, die ihrem Verständnis nach *Old Labour* repräsentieren. Den Kern der eigentlichen Parteilinken bildet die *Socialist Campaign Group*. Sie ist ein loser Zusammenschluss von linken Hinterbänklern im Unterhaus unter Führung von John McDonnell. Neben ihm und dem anderen etwas namhafteren Rebellen Jeremy Corbyn sind

weniger als 30 Mitglieder in der Gruppe (Stand 7/2006). Ihr Einfluss auf die Regierungspolitik ist sehr begrenzt, da sie zu wenige sind, um die Regierungsmehrheit (derzeit 66 Sitze) zu gefährden und sie zudem in vielen Fragen nicht geschlossen stimmen. Die Gruppe publiziert monatlich die Zeitschrift *Socialist Campaign Group News*.

Außerhalb der Unterhausfraktion der *Labour Party* gibt es jedoch eine Vielzahl von Initiativen, die sich als linke Opposition gegen den *New Labour*-Kurs verstehen. Dazu gehört *Labour Against the War*, die sich gegen die Beteiligung Großbritanniens am so genannten „Krieg gegen den Terrorismus“ und die in diesem Kontext erfolgten Grundrechtseinschränkungen wenden. Auch unter der Führung John McDonnells steht das *Labour Representation Committee (LRC)*.³ Es hat sich zur Aufgabe gemacht, SozialistInnen innerhalb der Partei wieder eine Stimme zu verschaffen. Tatsächlich sind einige Gewerkschaften mit insgesamt mehreren hunderttausend Mitgliedern (der Lebensmittelindustrie, des Fernmeldewesens, der Feuerwehr und der Transportarbeiter) sowie regionale Gewerkschaftszweige mit dem LRC affiliert. Schon eher zur *soft left (weichen Linken)* tendiert hingegen, auch wenn es Überschneidungen mit dem LRC gibt, die *Grassroots Alliance*. Als Mitte-Links, wenngleich sehr New-Labour-kritisch sind die Initiativen (und Zeitschriften) *Chartist* und *Renewal* einzuschätzen. Ein Zentrum für linke AktivistInnen in der *Labour Party* und den Gewerkschaften stellt die Zeitschrift *Labour Left Briefing* dar. Sie steht der *Campaign Group* nahe und ist Organ für Information und Debatte der linken Opposition in der Partei.

Die inhaltlichen Differenzen zwischen der Linken und *New Labour* sind vielfältig. Im Zentrum der aktuellen Auseinandersetzung steht jedoch der Irakkrieg und die neoliberale Privatisierungspolitik Tony Blairs. Die Motivationen für das Engagement der Labour-Linken können mit dem Namen einer anderen Initiative zusammengefasst werden: *Save the Labour Party*. Ob eine Rettung der *Labour Party* als sozialistische oder ArbeiterInnenpartei, eben *Old Labour* möglich ist, ist auch Konfliktthema für die *far left* außerhalb Labours.

CP(G)B: Kommunismus

Die 1920 u. a. aus der *Socialist Labour Party* und der *British Socialist Party* gegründete *Communist Party of Great Britain* folgte bis 1968 der Moskauer Linie und wandte sich im Zuge des Prager Frühlings mehr dem Eurokommunismus zu. Es kam zu Streitigkeiten zwischen der eurokommunistischen Fraktion, die die Theorie-Zeitschrift *Marxism Today* kontrollierte, und der moskautreuen Fraktion, deren Machtposition in der Tageszeitung *Daily Star*, ehemals *Daily Worker*, heute *Morning Star*, lag. Nach dem Zusammenbruch des Ostblocks und zerfiel die CPGB 1991 endgültig. Zwei noch existente Überbleibsel bilden die *Communist Party of Britain (CPB)* und eine neue *Communist Party of Great Britain (CPGB)*. Die CPB ist vor allem erwähnenswert, weil sie mit dem *Morning Star* über die einzige Tageszeitung der Linken verfügt. Mit etwas unter eintausend Mitgliedern ist sie auch immer noch die größte nichttrotzkistische kommunistische Partei Großbritanniens.

Die deutlich kleinere CPGB entstammt einer leninistischen Strömung der Kommunistischen Partei, die nach der Umwandlung in *Democratic Left* den alten Namen übernahm. Sie ist eine kleine Gruppe von kaum mehr als 100–200 Mitgliedern. Ihre Zeitschrift *Weekly Worker* aber nimmt



als strömungsübergreifender Beobachter eine gewisse Sonderstellung ein. Beide kommunistische Parteien engagieren sich auch in Gewerkschaften, unterscheiden sich aber, wie oben schon erwähnt, in ihrer Haltung zu Labour. Außerdem tritt die CPGB anders als die CPB für eine konsequente Auseinandersetzung mit dem Stalinismus und für Kritik noch bestehender kommunistischer Staaten wie Nordkorea und China sowie der undemokratischen Strukturen der kommunistischen Linken ein. Trotz ihrer eigenen sehr geringen Größe gilt ihr erklärter Kampf dem Sektenunwesen in der gespaltenen britischen (trotskistischen) Linken. Die CPB hingegen ist ihrem traditionalistischen Erbe treuer. Sie unterhält auch Beziehungen zur chinesischen und vietnamesischen KP. Andererseits ist sie durch ihre traditionelle Orientierung an Labour deradikalisiert.

Daneben gibt es noch kleinere dogmatische Splittergruppen und frühere Abspaltungen wie die *New Communist Party*, die sich 1987 von der CPGB trennte, und die *Revolutionary Communists Group*. Die meisten Gruppen gehören jedoch zu einer anderen leninistischen Strömung: dem Trotzkismus.

SWP etc.: Trotzkismus

Den ideologischen Hintergrund der meisten sozialistischen Gruppierungen innerhalb und außerhalb Labours bildet das politische Vermächtnis Leo Trotzki, der im Machtkampf um Lenins Nachfolge Stalin unterlag und eine eigene politische Strömung aufbaute. Dies schließt eine in der Regel unkritische Bezugnahme auf die meisten leninistischen Prinzipien (Avantgarde-Partei, demokratischer Zentralismus, Antimperialismus) ein. Trotz seiner Gegnerschaft zum Stalinismus steht der Trotzkismus damit nicht in der Tradition von undogmatischem oder Reformkommunismus.

Bedeutendste trotskistische Strömungen in der jüngeren britischen Geschichte waren *Militant Tendency*, die innerhalb Labours für Aufsehen sorgte, die *International Marxist Group* und die *International Socialists*. Aus diesen gingen die heutigen trotskistischen Parteien wie die *Socialist Workers Party*, die die größte und wichtigste der heutigen linken Parteien darstellt, die *Socialist Party*, die *Alliance for Workers Liberty* oder *Workers Power* hervor. Sie sind meist in Internationalen organisiert, die sich auf die von Trotzki gegründete IV. Internationale berufen, bzw. waren Bestandteil von dieser oder entstanden aus ihren Unterorganisationen. Verwirrend ist die Geschichte all ihrer Spaltungen, Zusammenschlüsse, Neu- und Wiedegründungen.

Mit der Vielzahl der Gruppen gibt es auch eine Vielzahl von trotskistischen Internationalen. Übereinstimmung besteht in der Berufung auf Trotzki Übergangsprogramm. Die Entwicklung dieser Parteien ist oft untrennbar mit je einer Führungsfigur oder einem für sie wichtigen Parteitheoretiker verbunden, die aus ideologischen und wohl auch persönlichen Gründen eine bestimmte Position/Strömung innerhalb des Trotzkismus vertrat. Zu nennen wäre hier v. a. Gerry Healy, der den frühen britischen Trotzkismus prägte und sein Leben lang verschiedene, daraus hervorgehende Parteien dominierte. Ähnliche Wurzeln (in *The Club*, ein Zusammenschluss verschiedener trotskistischer Strömungen Anfang der fünfziger Jahre) haben Tony Cliff (*Socialist Review Group* und die daraus hervorgegangenen *International Socialists*, später *SWP*) und Ted Grant (*Militant*, *Committee for a Workers International*, *Committee for a Marxist International*), die

jeweils eigene Abspaltungen gründeten und dominierten. Die Abspaltung von Strömungen mit Minderheitenpositionen gilt gemeinhin als trotskistisches Spezifikum. Die britische Linke ist durch die trotskistische Dominanz in besonderer Weise davon betroffen.

Dies ist eine Folge des sehr eng verstandenen Leninschen Prinzips des „demokratischen Zentralismus“. Auf der Basis der Maxime „Freiheit der Diskussion – Einheit der Aktion“, wird in vielen dieser Gruppen und Parteien, bspw. der *SWP* keine Bildung interner Strömungen oder Fraktionen gestattet. Auseinandersetzung um die Parteilinie werden nur intern, meist im Führungsgremium, geführt. Nach außen haben alle Parteimitglieder die gleiche offizielle Linie zu vertreten. Dies führt zu absurden Kleinstkriegen, was an einem Ereignis der jüngeren Entwicklung pars pro toto gezeigt werden soll.

Im Juli 2006 schloss die *League for the Fifth International* (in Großbritannien *Workers Power*) etwa ein Drittel ihrer weltweit rund 100 Mitglieder aus. Offensichtlich hatte diese Minderheit über längere Zeit große Differenzen zur Parteilinie empfunden. Dies war jedoch aufgrund des extrem disziplinierenden demokratisch-zentralistischen Parteiaufbaus nicht an die Öffentlichkeit gedrungen, bis sich beide Fraktion so anfeindeten und gegeneinander intrigierten, dass nur mehr eine absolute Trennung möglich war. Die Erklärungen der beiden Strömungen zur Trennung offenbaren die Grundstrukturen dieses extrem dogmatischen und objektivistischen Denkens, das der Vorstellung vom demokratischen Zentralismus zugrunde liegt. Beide Seiten versuchen sich „objektive Fehler“ auf dem Weg zum Sozialismus nachzuweisen, beschuldigen sich nun der Charakterlosigkeit. Doch bis dahin hatten sie nach außen auf Veranstaltungen und Demonstrationen, in Erklärungen und Artikeln alle loyal und unterwürfig die gleiche Parteilinie vertreten.

Der Glaube an eine von der Partei gefundene und somit zu vertretende Wahrheit ist sehr tief verankert. Die Dominanz des Trotzkismus (oder weiter gefasst auch des Leninismus) unterscheidet die Situation in Großbritannien von der deutschen.⁴

Ein weiteres Thema ist die Fragmentierung, Gespaltenheit und Sektenhaftigkeit der Linken. Publikationen spiegeln keine pluralistische linke Debatte, sondern geben den Standpunkt der Herausgeberorganisation wieder, oft ohne die Existenz der anderen wahrzunehmen. Viele in solchen Gruppen oder Parteien Organisierte sind sich durchaus bewusst, dass es eine Vielzahl von Kleinstgruppen gibt, die sehr ähnliche Ansprüche vertreten und inhaltlich oft kaum differieren. Sie sehen sich mehrheitlich als Kern einer Avantgarde-Partei der kommenden sozialistischen Revolution. Angesichts ihrer geringen Größe, ihrer starken hierarchischen Struktur und ihrer gegenseitigen Konkurrenz wird dieses Spektrum, besonders von Seiten der libertären Linken als äußerst selbstbezogen eingeschätzt.

Die im Untersuchungszeitraum bedeutendste dieser Organisationen ist die *Socialist Workers Party (SWP)*.⁵ Sie wird häufig erwähnt – als positiver Bezugspunkt ebenso wie zur Abgrenzung. Sie ist die Hauptkraft der *International Socialist Tendency*, einer der trotskistischen Internationalen. Zu den wichtigsten Funktionären gehören neben den Hauptamtlichen wie dem national organiser und dem Chefredakteur der Parteizeitung *Socialist Worker* auch einige Intellektuelle, wie Chris Harman (Chefredakteur des Theorieorgans *International Socialism*) oder die Universitätsprofessoren Alex Callini-

cos und Colin Barker. Lange Jahre wurde die Partei von Tony Cliff geführt, der ihr in vieler Hinsicht seinen Stempel aufdrückte. Tony Cliff war der Gründer der Partei, die sich vom restlichen Trotzkismus damals v.a. durch seine Theorie des Staatskapitalismus abhob, nach der die Sowjetunion nicht nur – so die dominante Auffassung – ein degenerierter Arbeiterstaat sei, sondern gar kein Arbeiterstaat mehr. Deswegen entschied man sich im Kalten Krieg nicht für ein zu unterstützendes Lager: „Weder Washington noch Moskau“.

Diese Abweichung von einem der antiimperialistischen Kernprinzipien ist jedoch kein generelles Charakteristikum der Partei, vertritt doch gerade ihre aktuelle Politik wieder stark binäre Schemata.

Seit den siebziger Jahren versuchte die SWP eine Basis innerhalb der Industriearbeiterschaft aufzubauen, was ihr nie recht gelang; sie blieb mit ihrer Konzentration auf antiimperialistische Themen mehrheitlich von Studierenden und Angestellten geprägt. Größte Erfolge feierte die Partei Ende der siebziger Jahre mit antirassistischen Kampagnen durch ihre dominierende Rolle in der *Anti-Nazi League*. Für die letzten Jahre ist festzuhalten, dass die SWP, solange sie sich aktiv beteiligte, auch die größte Gruppe innerhalb des sozialistischen Parteienbündnisses *Socialist Alliance* darstellte. Auch die neue linke (Bündnis-)Partei *Respect – The Unity Coalition* wird von der SWP dominiert. Die SWP beteiligt sich aktiv an den globalisierungskritischen Protesten der vergangenen Jahre und baute dafür auch Vorfeldorganisationen auf (*Globalise Resistance*). Insbesondere aber stellte sie eine der Hauptkräfte der *Stop the War Coalition* (StWC) dar, welche sich um das Nummer-Eins-Thema der Linken der vergangenen Jahre bildete – den Widerstand gegen den US-geführten „Krieg gegen den Terror“.

Ihre heutige Bedeutung für die britische Linke resultiert aber nicht nur aus ihrer relativen Größe und aus ihrem vielfältigen Engagement, sondern auch aus der Art desselben. Schon erwähnt wurden die Vorfeldorganisationen. Eine ihrer Strategien besteht im Verteilen von großen Mengen von Plakaten zu Demonstrationen und anderen Protesten, die letztendlich zu einer optischen Überrepräsentation der SWP und ihrer Vorfeldorganisationen führen.

Die SWP ist aber nicht nur die dominante Gruppe, sondern auch Objekt der Abgrenzung, teilweise auch tiefster Ablehnung. Die Konflikte um die SWP zählen zu den wichtigsten im revolutionären Feld. Ihr Auftreten und ihre innere Verfasstheit sorgen dafür, dass sich die Geister an der SWP scheiden. Der Hauptvorwurf, der immer wieder gegen die SWP erhoben wurde, ist der des Opportunismus. Andere TrotzkistInnen, die CPGB und libertäre Linke werfen der SWP vor, für Einfluss und Wahlerfolge sämtliche linken Prinzipien zu verraten. Die SWP vermeide jede Positionierung, die unpopulär sein könnte, um so Massen auf die Straßen zu bringen.

Diese Tendenz, neue Entwicklungen und neue Themen bereitwillig aufzugreifen und sich mit aller Kraft dahinter zu stellen, hat der britischen Linken unbestreitbar schon große Impulse gegeben und stellte oft den Kern von Kampagnen (wie der *Anti-Nazi-League*) dar. Doch immer wieder entsteht bei anderen der Eindruck, die SWP würde Themen und Events nur für eigene Zwecke benutzen. Ihnen wird dominantes Verhalten vorgeworfen, wo immer sie sich an Bündnissen beteiligen, was für Frustration und Enttäuschungen sorgt.

Die anderen trotzkistischen Gruppen sind vergleichsweise einflusslos. Wie schon angedeutet, sind die jeweiligen Diffe-

renzen für Außenstehende oft kaum nachvollziehbar, viele nicht-inhaltliche Gründe spielen eine Rolle. Neben den dadurch bedingten Streitigkeiten kommt es aber auch zu punktueller Zusammenarbeit mit den anderen wie *Socialist Resistance* oder *Workers Power*. Bedeutender als der Rest dieser trotzkistischen Gruppen ist darunter nur noch die *Socialist Party*, die v.a. in vielen Gewerkschaften stark verankert ist.

Socialist Alliance, Respect etc.: Parteibündnisse

Da durchaus ein Wissen um die Nachteile der allgemeinen Fragmentierung besteht, gab es mehrere Versuche, die verschiedenen sozialistisch orientierten Parteien zu Bündnissen zu vereinigen. Insbesondere war dies wichtig für Gruppen, die ihre Hoffnungen nicht oder nicht mehr auf die *Labour Party* setzten. Aus diesem Geist entstanden, zuerst auf lokaler, später auch auf regionaler/nationaler Ebene *Socialist Alliances*. Verschiedene Parteien der Linken, wie die *Socialist Party*, die *AWL*, die *CPGB*, *WP* und schließlich die *SWP* (um nur einige der wechselnden UnterstützerInnen zu nennen) beteiligten sich. Wahlerfolge konnten jedoch kaum verbucht werden, nur eine Handvoll KandidatInnen kamen in Stadt- und Gemeinderäte. Dafür gab es auch in der *Socialist Alliance* harte Auseinandersetzungen und auch hier oft im Zusammenhang mit der Rolle der *SWP*, welche sich letztlich aus der SA zurückzog und somit ihren Zerfall einleitete. Die SA wurde deshalb im Frühjahr 2005 auch formell aufgelöst.

Ein neues Bündnisprojekt, für welches die SWP seitdem einen großen Teil ihrer Ressourcen aufwendet, heißt *Respect – The Unity Coalition*. Der Ursprung von *Respect* liegt in der Anti-Kriegs-Kampagne der *Stop the War Coalition* in den Jahren 2002–2004. Die großen Massenmobilisierungen und die neu zusammengefundene untypische Koalition der Protestbewegung aus Linken, Gewerkschaften aber auch muslimischen Gruppen, sollte nun auch in Wahlerfolge umgemünzt werden. Aus diesem Geist wurde im Frühjahr 2004 *Respect* gegründet. Endlich, so die Hoffnung, bestand eine realistische Chance eine Partei links der *Labour Party* im britischen Parteiensystem zu etablieren. Im Zentrum der Partei und ihrer medialen Rezeption stand der Parlamentsabgeordnete George Galloway, der wegen seiner Anti-Kriegs-Haltung aus der *Labour Party* ausgeschlossen worden war, die unter Regierungschef Tony Blair mehrheitlich die US-amerikanisch-britische Invasion im Irak mittrug. Ansonsten stehen hinter *Respect* Gruppen und Personen aus der *Stop the War Coalition*, insbesondere die SWP und die *Muslim Association of Britain* (MAB). Es war v.a. die Birminger MAB-Aktivistin Salma Yaqoob, die das Bündnis forcierte und durch ihre Aufgeschlossenheit und Liberalität erst möglich machte. Außerdem sind in *Respect* noch weitgehend einflusslose kleine sozialistische Gruppen (*CPGB*, *Socialist Resistance*) vertreten.

Die Formierung von *Respect* war eines der wichtigen Themen der britischen Linken im Untersuchungszeitraum und erfährt starke Unterstützung wie auch Ablehnung. Es geht dabei einerseits um die Chancen für fortschrittliche Politik durch Einbeziehung von Minderheiten. Aber es geht auch hier wieder um die Rolle der SWP, welcher Populismus, Opportunismus und ein Demokratiedefizit vorgeworfen werden, unter ähnlichem Blickwinkel auch um die Person George Galloways und inhaltlich um die Frage, wie links oder radikal *Respect* sich geben solle. Denn mit dem Umwerben als muslimisch definierter Zielgruppen wurde explizit der Anspruch

erhoben, auch sich nicht als links begreifende Wählerinnen zu mobilisieren, so der Sprecher Chris Bambery. Dies wird von einigen anderen Linken als Prinzipienlosigkeit gewertet. Die Kritik an der *SWP* beschränkte sich jedoch nicht auf das Abweichen von einer klar sozialistischen Politik, sondern konstatierte teilweise sogar antiemanzipatorische Tendenzen. Die *Alliance for Workers' Liberty (AWL)* beispielsweise hält der *SWP* vor, dass die an *Respect* beteiligte *MAB* eine Schwesterorganisation der Ägyptischen Muslimbruderschaft sei und somit als religiöse, frauenfeindliche, schlicht reaktiönäre Organisation keinen Partner für Linke darstelle. *Respect* vermeide alle inhaltlichen Positionierungen, die potenzielle islamische WählerInnen verschrecken könnten. Auf dem Prüfstand stehen die Themen Säkularismus, Kampf für die Rechte Homosexueller und für das Recht auf Abtreibung. Die Träger dieser Kritik an der *SWP* und *Respect* sind neben der libertären Linken innerhalb des Trotzismus vor allem nicht so vordergründig antiimperialistischen Kräfte, wie die *AWL* und die *CPGB*. Auch der Vertreter der *Scottish Socialist Party (SSP)* kritisiert, beispielhaft für viele, die zu große Kompromissbereitschaft der *SWP*.

Die dahinter stehende Strategie ist die *united front*, ein Konzept, dass die *SWP* schon mehrfach, beispielsweise während ihrer Konzentration auf die Antifa-/Antira-Arbeit in der *Anti-Nazi-League* angewandt hat. Für solche Fronten werden radikale Positionen bewusst zurückgestellt, wenn man die Lage als momentan nicht geeignet für sozialrevolutionäre Politik analysiert, um mögliche Impulse aus Ein-Punkt-Bewegungen in breitere Sozialproteste zu überführen.

Einige Achtungserfolge erzielte *Respect* bei Wahlen in Gegenden mit hoher muslimischer Bevölkerung. *Respect* stellt einige Stadträte und mit George Galloway einen Abgeordneten im Unterhaus, der sich bei der Wahl gegen eine Labour-Kandidatin im Londoner Wahlbezirk Bethnal Green and Bow durchsetzte. Es ist jedoch kaum gelungen die Energie der Anti-Kriegsproteste wie von der Linken gewünscht in Proteste gegen die neoliberale Politik des Sozialabbaus zu überführen. Deshalb wurden auch andere Wahlbündnisse gebildet, so die *Socialist Green Unity Coalition*. Ein diskutierter Anlauf, die zerstrittene revolutionäre Linke außerhalb *Respects* zu vereinen, ist die von der *Socialist Party* ausgehende *Campaign for a New Workers' Party*. Doch es ist nicht abzusehen, dass diesen Projekten größerer Erfolg beschieden sein wird. Auch nach der Betrachtung der alternativen Parteienbündnisse zeigt sich: die *SWP* ist neben *Labour* der umstrittene Hegemon eines zerstrittenen Lagers von SozialistInnen aller Couleur, die viel Zeit und Energie für die Abgrenzung untereinander verwenden und doch zumindest den Bündnisgedanken nicht aufgegeben haben. Nur selten in den Blick dieser Streitereien gelangen jedoch andere Sektionen der Linken, nämlich die libertären Gruppen.

Die libertären Strömungen

Die Seite der Libertären kann auch nicht ohne weiteres als „Lager“ bezeichnet werden. Es handelt sich vielmehr um eine Ansammlung teils un-, teils wenig verbundener Gruppen und Grüppchen, eher ein loses Netzwerk. Zum Lager macht es bestenfalls die gemeinsame Abgrenzung von den traditionell organisierten sozialistischen Parteien, mit denen man zwar inhaltliche Übereinstimmungen hat, jedoch auch stark trennende Dispute. Die hier gewählte Bezeichnung „libertäre Linke“ dient der Typologisierung, stimmt aber bei weitem nicht

in allen Fällen mit der präferierten Selbstbezeichnung überein. Als Selbstbeschreibung dienen besonders Begriffe wie Anarchismus, *Direct Action*, libertär, autonom. Nur selten ist von unabhängiger oder radikaler Linke die Rede. Eher traditionell und leicht pejorativ ist die Bezeichnung *loony left* („verrückte Linke“), was ihre zentralen Wertorientierungen verkörpert: antiautoritär, die alte Ordnung und tradierte Grenzen und Normen überwindend, auf Freiheit und Selbstverwirklichung bedacht. All diese Begriffe decken sich nicht komplett, überlappen aber stark.

Der Begriff „libertäre Linke“ erwies sich als der allgemeinste und der Lagerabgrenzung am besten entsprechenden. Es gibt eine antikapitalistische, antipatriarchale und ökologische Grundorientierung. Viel mehr als für den hier als sozialistisch bezeichneten Teil der Linken sind auch nichtpolitische Elemente konstitutiv für diese Subkultur, die auch als *Do it Yourself culture* bezeichnet wird. Politische Ziele und politischer Protest gehen hier eine Einheit mit bestimmten Lebens- und Handlungsformen ein. Wichtiger Bezugspunkt vieler Libertärer sind sogenannte Social Centres, Häuser, die – oft auch besetzt – der politischen Arbeit und dem Beisammensein außerhalb der Konsumwelt dienen. Wichtiger als Theorie und Weltrevolution ist ihnen Politik mit Bezug auf die eigene Lebenswelt, also Fragen oft im Umkreis von „housing and community“, die wichtiger sind als Palästina und der Irakkrieg.

Auf nationaler Ebene gibt es zumindest bei *general issue groups*, die sich allgemeinen Themen widmen, kaum übergreifende Organisationen, vielmehr kommt es anlassbezogen zur Bildung von Netzwerken, z. B. bei der Organisation von Anti-Kriegs-Protesten, im Fall globalisierungskritischer Protestevents, wie dem Europäischen Sozialforum im Jahre 2004 und den Protesten gegen den G8-Gipfel in Schottland im darauf folgenden Jahr. Der Zersplitterungscharakter der Linken kommt bei diesen Gruppen besonders zum Ausdruck, da sie in der Regel nicht, wie die meisten der sozialistischen Parteien/Gruppen zumindest versuchen, im ganzen Land präsent zu sein. Eine Verbindung über Medien gibt es nur in dezentraler Form. Es gibt jedoch einzelne Gruppen, die in mehreren Städten präsent und auch international organisiert sind, wie die *Anarchist Federation* und *Class War UK*⁶. Diese beiden stehen für den – anders als in der BRD – stark am Anarchismus orientierten Charakter der britischen libertären Linken.

Neben den *Social Centres* und einigen Gruppen mit allgemeinen Zielen gibt es viele *single issue groups*, welche als zur Szene gehörig gesehen werden. Dazu gehören z. B. die auf Ökologiethemen fokussierten *Earth First*. Gerade die auf Ökologie orientierten Gruppen markieren den sanften und undeutlichen Übergang zum NSB-Feld. Selbst *Greenpeace*, die als straff und zentralistisch geführte Organisation die libertären Ansprüche der meisten nicht erfüllt, wurde in einem Interview als dazugehörig klassifiziert. Dies liegt sicherlich zuallererst an Überschneidungen bei den Aktionsformen. So ist *Direct action* (kurz *DA*) eine Proteststrategie unabhängig voneinander agierender Kleingruppen, die vorwiegend gewaltfrei, aber doch meist nicht im gesetzlichen Rahmen vorstatten geht, also mittels Besetzungen, Blockaden, symbolischen Angriffen, Konfrontationen. *DA* wird zumeist als Reaktion auf die Deradikalisierung der Neuen Sozialen Bewegungen und der Bewegungsorganisationen wie *Friends of the Earth* beschrieben. Diese Aktionsform ist letztlich der indivi-



dualistischere Gegenpol zu Massenbewegung, Massendemonstration, Massenstreik, wie sie von traditionellen sozialistischen und Arbeiterparteien zur Erreichung ihrer Ziele angestrebt werden.

Kennzeichen ist aber nicht nur die direkte Aktionsform, die sich um Massenbewegungen oder Wahlen nicht kümmert, sondern auch die Ideologie, genauer gesagt, das Fehlen einer expliziten Ideologie.

Spiritualistische Elemente sind aus diesem Weltbild nicht ausgeschlossen. Im Vordergrund stehen Werte wie individuelle Freiheit, Dezentralität und damit die Ablehnung von Hierarchien und formalen Strukturen. Thematisch stehen neben den *Social Centres* Ökologieprobleme an vorderster Front, z. B. Tierrechtskampagnen oder (v. a. in den Neunzigern) Widerstand gegen Straßenbauprojekte. All dies ist jedoch eingebettet in eine kapitalismus- und v. a. konsumkritische Grundorientierung.

Zu den kulturellen Momenten der libertären *DiY culture* gehören die *free parties*. Das sind selbstorganisierte, kostenlose und dementsprechend unkommerzielle große Partys, die im öffentlichen (oder besetzten) Raum veranstaltet werden. Dazu gehören auch die *Reclaim the Streets*-Aktionen, meist Musik und Tanzen auf belebten Straßen, die kurzzeitig umfunktioniert werden, mit entweder spezifischen politischen Protestzielen oder dem Anspruch, die selbstbestimmte Nutzung öffentlichen Raumes auf unkonventionelle Art durchzusetzen. In beiden Fällen gehen politische und unpolitische Momente ineinander über, entweder, weil direkt politische Ziele verfolgt werden, oder, im Falle der *free parties* dadurch, dass ein Teil der Betroffenen eine Politisierung in diesem Rahmen erfährt, da in diesem Zusammenhang häufig Erfahrungen mit staatlicher Repression gegen die Partys gesammelt wurden. Die Kriminalisierung der *free parties* oder *raves* durch den *Criminal Justice Act* stellte in den neunziger Jahren ein bedeutendes Mobilisierungs- und Politisierungspotenzial für die Szene dar. Hier zeigt sich auch, dass dieser Teil der Linken sehr jugendlich geprägt ist. Nur in diesem Bereich unkonventioneller Politik ist die Jugend überrepräsentiert.

Vom sozialistischen Lager unterscheidet sie auch noch das Misstrauen in staatliche Auswege aus der kritisierten Gesellschaftsform. Während es also den sozialistischen und Arbeiterparteien um Verstaatlichung und auch Übernahme von Funktionen im Machtapparat geht, um die Lebenssituation der Arbeitermassen zu verbessern, ziehen die Libertären selbstverwaltete und überschaubare Strukturen vor und vertreten ungleich mehr postmaterialistische Wertorientierungen, also Lebensstilfragen. Die Definition als eine Gruppe erfolgt für die libertäre Seite vor allem als Abgrenzung von den Parteien der Linken, die sich in vielerlei Hinsicht von den Libertären unterscheiden. Die Abgrenzung stellt sich als konstitutiver Anteil der eigenen Identität dar. Die Ablehnung der hierarchischen sozialistischen Organisationen bedeutet jedoch nicht den kompletten Ausschluss von Kooperation in Arbeitskämpfen. Gelegentliche Solidarisierungen gab es während größerer Streikwellen.

Nicht ganz in den Mainstream der Libertären hinein passt die „Ultralinke“, wie sie z. B. in dem Journal *Aufheben* (sic!) repräsentiert wird. Ihre ideologischen Einflüsse sind sowohl kommunistischer Provenienz, orientiert am Links- oder Rätekommunismus bzw. an modernen Weiterentwicklungen wie der Kritischen Theorie. Dazu nahmen sie jedoch auch Ein-

flüsse aus dem italienischen Operaismus und dem Situationismus ebenso auf wie aus dem Anarchismus. Der deutsche Name der Zeitschrift verweist zusätzlich auf hegelianische Einflüsse. Solche theoretisch orientierten Kräfte, wie sie gerade für den deutschen Linksradikalismus so große Bedeutung haben, sind in der britischen libertären Linken extrem marginalisiert. Sie stehen für die in der britischen Geschichte so untypischen Einflüsse unorthodoxen marxistischen Denkens.

Weitere

Eindeutig nicht in die Gruppe der libertären oder sozialistischen Organisationen gehören zwei weitere, die als tendenziell für die Linke relevant gesehen werden. Es handelt sich dabei um die Liberalen (*Liberal Democrats*) und die Grünen (*Green Party*). Die Liberalen gelten manchem zumindest als linker als New Labour, weil sie sich neben liberalen Freiheitsrechten auch schon für progressive Besteuerung, Umweltthemen und libertäre Anliegen einsetzen. Und auch die Grünen seien etwas fortschrittlicher als in Deutschland und eine Alternative für frustrierte ehemalige Labour-Anhänger. Es gibt beispielsweise Überschneidungen mit Linken in der Kritik an Privatisierungen. Beide vertreten, zusammen mit unzähligen NGOs, Wohltätigkeitsorganisationen und lokalen Bürgerbewegungen den reformistischen und nichtkonfrontativen Flügel der postmaterialistischen Linken. Doch die Bedeutung der Selbsteinschätzung als „links“ ist für diese Akteure nicht so hoch, wie in den anderen Feldern.

Neben all den erwähnten gibt es größere Organisationen der Linken, die keine Parteien sind und die vielleicht auch deshalb lagerübergreifende Relevanz haben, sowie anlassbezogene Netzwerke, die, sehr begrenzt, die Funktion intermediärer Netzwerke übernehmen. Von herausragender, aber auch sehr aktueller Bedeutung ist dabei die *Stop the War Coalition* (STWC). Doch die libertäre Linke ist in ihr zumindest auf nationaler Ebene nicht vertreten.

Eine sehr traditionsreiche Organisation hingegen, die auch an der STWC beteiligt ist, wurde immer wieder und von VertreterInnen aller Lager achtungsvoll erwähnt: CND, die *Campaign for Nuclear Disarmament*. Gegründet wurde sie 1958, ihr ursprüngliches Hauptziel war, wie der Name sagt, der Kampf gegen nukleare Aufrüstung. In den vergangenen Jahren war sie aktiv u. a. gegen die neuen Weltordnungskriege, so den Krieg gegen Jugoslawien 1999 und den Irakkrieg, im Jahre 2003. Schon immer stellte CND eine Organisation dar, in der sich viele politische Strömungen wegen gemeinsamer inhaltlicher Interessen oder auch aus taktischen Gründen überschneiden. Auch heute ist sie in der Linken generell renommiert und anerkannt. Ihr Beispiel machte Schule und so gibt es auch *Labour-CND*, *Liberal CND*, *Christian CND*.

Eine christliche Linke scheint insgesamt nur von sehr begrenzter Bedeutung. Viele kritische oder sich als dissident verstehende ChristInnen und christliche Organisationen (Methodisten, Nonkonformisten, Quäker) begreifen sich eher als *liberals*, somit sind zwar Überschneidungen mit Teilen der Linken gegeben (v. a. im NSB-Feld), aber organisierte ChristInnen spielen keine bedeutende Rolle. Allerdings gehören zu den Wurzeln der Labour-Party nicht zuletzt christliche Wertvorstellungen, im Gegensatz zur marxistischen Anfangszeit der deutschen SPD. Innerhalb der Partei ist dies auch heute noch von Belang. Zu nennen wäre hier die *Christian Socialist Movement*, welche allerdings wenig mit der Linken im enge-



ren Sinne zu tun hat. Zu den UnterstützerInnen dieser Organisation gehören nämlich vorrangig VertreterInnen New Labours, wie John Smith, Charles Clarke und Tony Blair sowie eine Vielzahl weiterer Abgeordneter. Dem New-Labour-Framework entsprechend betonen sie Werte wie Solidarität und Eigenverantwortung. Die Verbindung von marxistischen und christlichen Einflüssen, wie sie Tony Benn verkörpert, ist jedoch selten.

Eine etwas andere Situation: Schottland

Eine gesonderte Betrachtung verdient Schottland. Ein großer Teil des bisher Beschriebenen bezieht sich eigentlich vollständig nur auf England und mit kleinen Einschränkungen auf Wales. Mit dem Prozess der *devolution* (*Regionalisierung*) wurden Schottland unter der Regierung Blair (1997/98), zunehmend Selbstverwaltungsrechte eingeräumt, die eine starke Unabhängigkeitsbewegung lange gefordert hatte. Schottland verfügt seitdem über ein eigenes Parlament und Entscheidungskompetenzen in einer Vielzahl von Bereichen, u. a. die Möglichkeit den Einkommenssteuersatz zu variieren. Auch wenn verschiedene prinzipielle Muster der politischen Landschaft sich in Schottland und England ähneln, gibt es doch auch signifikante Unterschiede. Entscheidender Grund dafür ist die Überlagerung der anderen Themen durch die Frage der Unabhängigkeit oder Aspekte schottischer Besonderheit. Die meisten Linken in Schottland sprechen sich für weitgehende Unabhängigkeit Schottlands von Großbritannien aus.

Auf organisatorischer Ebene besteht der größte Unterschied wohl in der Existenz einer vereinigten sozialistischen Partei, der *Scottish Socialist Party* (SSP), in welcher die wichtigsten sozialistischen Linkskräfte deutlich tiefer integriert sind als die englischen in der *Socialist Alliance* oder in *Respect*. Die meisten schottischen Zweige der verschiedenen Gruppen haben unter der Führung der *Militant Tendency* der Gründung einer gemeinsamen Partei zugestimmt, in welcher sie nur noch als Plattformen weiter existieren.⁷ Diese Plattformen und „Tendenzen“ sind zum Teil jedoch Gruppierungen, die auch englische Pendanten haben, denen sie nahe stehen. Einzelmitgliedschaften von Individuen ohne Assoziierung mit einer der Plattformen sind möglich und üblich. Es ist sogar die Mehrheit der Mitglieder, die keiner Plattform angehört. Schillernde Führungs- und Symbolfigur der Partei war bis zu seinem Rücktritt Ende 2004 Tommy Sheridan.⁸ Die SSP hat im Gegensatz zu ihren englischen GenossInnen auch an der Wahlurne Erfolg. In der Legislaturperiode 2003–2007 saßen sechs Abgeordnete der SSP im schottischen Parlament in Edinburgh und waren eine Quelle schottischen linken Stolzes.

Neben der Tatsache der Vereinigung der Linkskräfte in der SSP liegt diese Differenz aber auch am schottischen Wahlsystem, welches im Gegensatz zum gesamt-britischen ein Verhältniswahlrecht ist. Diese Entwicklung wird zuweilen in Abgrenzung zu England oder ganz Großbritannien/Vereinigtes Königreich sogar als typisch schottische Eigenschaft konstruiert, ein weiteres Indiz für die Überlagerung anderer Themen durch die nationale oder Unabhängigkeitsfrage. Schottland und die Schotten werden als insgesamt linker und sozialer konstruiert. Und tatsächlich hat dies auch einen realen Hintergrund in Vorstellungen von *Scottishness* (immer im Gegensatz zu *Englishness* gedacht) als sozialstaatsorientierter und antikonservativer. Dies zeigt sich im schottischen

Parteiensystem, wo *Labour* und die *Scottish National Party* (SNP) die größten Parteien bilden, während die *Tories* nur eine vergleichsweise marginale Rolle spielen. Der Nationalismus ist auch Anliegen der meisten Linken und die wichtigste nationalistische Partei (SNP) wird auch mit dem Label „links“ in Verbindung gebracht.

Unabhängigkeitsbestrebungen und linksnationalistische Parteien gibt es auch in Wales (am wichtigsten *Plaid Cymru*), doch sorgt dort die tiefere Integration in die englisch-britischen Strukturen und das geringere Ausmaß an *devolution* für größere Ähnlichkeiten. Die Situation in Nordirland hingegen ist so sehr durch den jahrelangen Bürgerkrieg bestimmt, dass dieser Sonderfall aus den Betrachtungen hier ausgeschlossen wird.

Linke Medien: Orte der Debatte?

Entscheidend für die linke Diskussion, Kommunikation und Wirklichkeitsdeutung, die im Zentrum der Arbeit steht, sind die Medien. Dabei gilt es herauszufinden, welche Medien für die Linke bedeutsam sind, welche dabei auch strömungsübergreifend wirken können, oder anders formuliert: gibt es Foren der linken Diskussion und des Konfliktaustrags über Lagergrenzen hinweg?

Der *Morning Star* verdient dabei besondere Beachtung. Er ist die einzige Tageszeitung, die nicht als „bürgerlich“ oder nur „linksliberal“ wahrgenommen wird. Der *Morning Star* steht der CPB nahe, hat aber auch Nichtmitglieder unter seinen ständigen AutorInnen, z. B. den Labour-linken Londoner Bürgermeister Ken Livingston. Der *Morning Star* ist inhaltlich stark an den Gewerkschaften, bzw. linken GewerkschafterInnen orientiert und hat eine arbeiterfreundliche Aufmachung im Boulevard-Stil. Auch wenn er aufgrund begrenzter Ressourcen nicht mit der Informationsvielfalt großer Qualitätszeitungen mithalten kann, bietet er eine für Großbritanniens Presselandschaft einmalige Perspektive mit kritischer Berichterstattung zu Krieg und Frieden, Arbeitskämpfen und anderen sozialen Fragen. Doch auch allgemeine Nachrichten, das Fernsehprogramm und eine Sportseite machen den *Morning Star* fast zu einer kompletten Tageszeitung. Ansonsten spiegelt aber auch die Zeitungslandschaft die Fragmentierung der Linken wider. Es gibt eine große Zahl kleinster Zeitschriften. Ein Medium für einen übergreifenden linken Diskurs existiert faktisch nicht. Die meisten Zeitschriften sind auch inhaltlich an die sie herausgebende Partei oder Gruppe gebunden und vertreten die Parteilinie, anstatt unterschiedliche Sichtweisen zu diskutieren.

Dabei schließt der Anspruch, selbst die Avantgarde-Partei der Revolution zu bilden, die Anerkennung konkurrierender Strömungen fast automatisch aus. Nur eine halbwegs relevante Ausnahme aus dieser Regel des Parteiblattes scheint es zu geben. Die Fähigkeit zu lagerübergreifender Debatte und als Voraussetzung dafür Unabhängigkeit von einer spezifischen Organisation wird fast ausschließlich der Zeitschrift *Red Pepper* unter Chefredakteurin Hilary Wainwright attestiert. In der Selbstbeschreibung nennt sich *Red Pepper* „magazine for radical and green left“ und „magazine of the independent left“. Ihrem Ansatz entsprechend wird die Zeitschrift im sozialistischen wie im libertären Lager wahrgenommen, innerhalb und außerhalb Labours hat sie UnterstützerInnen und AutorInnen. Mit einer Auflage von etwa 3 000–4 000 Abonnements plus Verkäufen pro Monat ist sie jedoch weit davon entfernt, ein umfassendes Forum zu bie-

ten, in welchem die Linke diskutiert oder abgebildet wird. Eine gewisse Ausnahme unter den wöchentlich erscheinenden Parteizeitungen stellt der *Weekly Worker* der CPGB dar. Seine HerausgeberInnen haben sich die Einheit der sozialistischen Kräfte auf die Fahnen geschrieben und berichten deshalb auch explizit von anderen Gruppen, diskutieren verschiedene Standpunkte und beleuchten Entwicklungen der Linken, doch auch sie in engen, streng marxistischen Grenzen. Für ihre Insider-Berichte von anderen Gruppen haben sie den Spitznamen *gossip of the left* (linker Tratsch und Klatsch) bekommen.

Die am dritthäufigsten genannte Zeitung ist der *Socialist Worker*. Es ist die wöchentliche Zeitung der SWP und somit eines der Blätter, die vorwiegend bei Demonstrationen und Veranstaltungen verkauft werden, allerdings die größte unter der Vielzahl von Parteizeitungen. Thematisch unterscheidet er sich nicht von den anderen Parteizeitungen und behandelt die sozialen und politischen Themen der Linken. Doch er ist, mit dem Apparat der SWP im Hintergrund, am besten layoutet, in Farbe und umfangreicher als seine Konkurrenz.

Eine Rolle spielen noch einige Monatsmagazine wie der *New Internationalist* oder die *Socialist Review* der SWP, aber auch der *New Statesman*, eine *Labour* nahestehende Traditionszeitschrift der ArbeiterInnenbewegung, die im linken Labour-Spektrum verortet wird, heute aber nicht mehr wie noch in den achtziger Jahren Massenauflagen erreicht. Zu erwähnen sind ferner die linken akademischen und halbakademischen Zeitschriften. Ihre bekannteste Vertreterin ist die *New Left Review*. Sie war das Organ der mittlerweile schon wieder alten britischen Neuen Linken, aus deren Reihen die großen Historiker E. P. Thompson und Eric Hobsbawm, die *cultural studies* (Stuart Hall) und die marxistischen Theoretiker Perry Anderson und Tom Nearn hervorgingen. Sie sind jedoch weniger von Interesse für konkrete Politik. In ihnen und anderen Publikationen (*Capital and Class*, *Radical Philosophy*) kommt aber die Tatsache zum Ausdruck, dass radikale und selbst der revolutionären Linken angehörige Personen nicht wie in Deutschland weitgehend aus dem akademischen Betrieb verbannt sind. Nicht zuletzt in den Reihen der SWP finden sich einige Universitätslehrer.

Die beliebteste Tageszeitung für Linke ist wohl der *Guardian*, als linksliberales und Irakkriegs-kritisches Blatt durchaus erwähnenswert, aber nicht als Zeitschrift der Linken im engeren Sinne.

Von noch immer wachsender Bedeutung ist das Internet. Als eine wichtige Informationsquelle wird *indymedia* häufig erwähnt. In Großbritannien gibt es, im Gegensatz zu Deutschland, zusätzlich zu *indymedia* UK noch zehn lokale oder regionale IMCs. Sie berichten längst nicht mehr nur über Gipfelproteste, sondern über politische Ereignisse aller Art, in Großbritannien gerade auch auf lokaler Ebene. Allerdings wird auf *indymedia* vorrangig berichtet. Anschließend lange Diskussionen wie bei *indymedia Germany* sind die Ausnahme.

Daneben gibt es noch viele andere Portale und natürlich die Homepages der einzelnen Organisationen und Kampagnen, sowie Weblogs (Internettagebücher). Eine politische Initiative zur Erneuerung der Linken, das *Euston Manifesto*, wurde im Wesentlichen von vernetzten BloggerInnen (WeblognutzerInnen) verfasst. Ebenso wichtig ist E-Mail. Zwei Aspekte sind dabei von Bedeutung. Zuerst wird eine große Zahl von Informationen innerhalb formaler und informeller Netzwerke per E-Mail weitergeleitet. Außerdem gibt es eine gro-

ße Zahl von Newsgroups, also E-Mail-Listen, durch die verschiedene Organisationen SubskribentInnen mit Informationen versorgen, und Diskussionsforen mit vielen TeilnehmerInnen, die frei per Mail diskutieren. Der libertäre Newsletter *SCHNEWS*, hat über 10 000 BezieherInnen. Ein wichtiges Diskussionsforum der sozialistischen Linken über alle Strömungsgrenzen hinweg ist beispielsweise die Yahoo-Group *UK_Left_Network*, mit fast 800 LeserInnen und Diskutanten.

Als die Linke über die internen Grenzen hinweg einigend kann die Themensetzung der vergangenen Jahre beschrieben werden. Denn die Politik der gesamten Linken steht eindeutig im Zeichen der Entwicklungen, die sich seit dem Anschlag auf das World Trade Center am 11. September 2001 abzeichnen, besonders des Irak-Kriegs. Andere Themen wurden hingegen durch den Krieg verdrängt. Auf die Frage, welche Themen für die Linke wichtig waren, wird lagerübergreifend zuerst der Irakkrieg genannt. Mit gewissem Abstand folgt an zweiter Stelle das Themengebiet Antirassismus/Antifaschismus. Beide Themen sind im Diskurs der britischen Linken eng miteinander verflochten und dienen als Kristallisationspunkte für viele Auseinandersetzungen.

Im Folgenden nun zu den einzelnen Politikfeldern.

Umwelt, Wirtschaft und Soziales, „Recht und Ordnung“

Neben den beiden Hauptthemen Krieg und Antirassismus (denen sich die folgenden Abschnitte widmen) gibt es eine Vielzahl weiterer Betätigungsfelder, die sich analytisch zu Gruppen zusammenfassen lassen, hier aber nur kurz behandelt werden sollen.

Da sind an erster Stelle all die Protest- und Diskussions-themen zu nennen, die zum Bereich Wirtschaft und Soziales, oder besser Sozialabbau gehören. Die Regierung Blair vertrat eine restriktive Haushaltspolitik, die in vielen Punkten an die ihrer konservativen VorgängerInnen anschloss und von der Regierung Brown fortgesetzt wird. Ihren Kern bilden die Maßnahmen zum Umbau der sozialen Sicherungssysteme und weitreichende Privatisierungen. Dies sind Kernanliegen und immer präsente Themen der Linken, wobei die sozialistische Linke diesen einen höheren Stellenwert einräumt als die libertäre Seite. Letztere tendiert jedoch dazu, immer einen konsumkritischen Aspekt und andere postmaterialistische Themen mit einzubringen, während das sozialistische Lager sich auf materielle Forderungen seiner Klientel konzentriert. Die einzelnen Politikfelder im Untersuchungszeitraum waren der Kampf gegen Studiengebühren und für Verbesserungen bzw. Erhalt des staatlichen Gesundheitssystems *NHS* (*National Health Service*), Arbeitslosigkeit, Armut, Renten, Löhne usw. Problematisiert werden diese Themen von der Linken v.a. als Privatisierung und Vermarktwirtschaftlichung im Kontext des Neoliberalismus *New Labours*, aber auch im Kontext von Globalisierung und der EU-Integration. Auch Gewerkschaftsarbeit ist, selbst wenn sie gerade nicht akut im Vordergrund steht, ein immer präsentes Thema. Die Parteizeitungen berichten regelmäßig und ausführlich über Arbeitsbedingungen, betriebliche Auseinandersetzungen und Streiks, aber auch internationale soziale Themen. Den Höhepunkt internationalistisch-sozialpolitischen Protests bildete das G8-Treffen 2005 im schottischen Gleneagles. Die gemäßigte Linke startete die Kampagne *Make Poverty History*, für die der Rockstar Bob Geldof weltweit Konzerte organisierte, um an



die G8 zu appellieren, nachhaltige Schritte zur Verringerung der Armut in Afrika einzuleiten. Unzählige NGOs, Wohltätigkeitsorganisationen und christliche Gruppen beteiligten sich, während die revolutionäre Linke ihre Proteste unter dem Motto *Make Capitalism History* dagegen stellte.

Ein weiterer Schwerpunkt sind Umweltthemen wie Gen-Food, Klimawandel, Straßenbau und Tierrechte. Großbritannien hat die wohl größte, bestorganisierte und am breitesten unterstützte Umweltbewegung der Welt. Eine deutlich größere Sensibilisierung für Umweltprobleme besteht jedoch im libertären Lager, während die sozialistischen Gruppierungen deutlich größeres Interesse an *bread-and-butter-actions* haben. Umweltschutz ist für die britische (libertäre) Linke viel wichtiger als für die deutsche. Wie schon erwähnt, waren auch die Proteste gegen Straßenbauprojekte eine Angelegenheit der anarchistischen und ökologischen Gruppen. Besonders radikal und im britischen Anarchismus besonders häufig anzutreffen sind TierrechtlerInnen – in Deutschland ein weit weniger wichtiges Phänomen. Diese blicken auf eine lange Tradition bis ins 19. Jahrhundert zurück. Als Motivationen kommen zu Tierversuchen oder Massentierhaltung auch typische britische Faktoren. So entstand die militante *Animal Liberation Front*, auf deren Konto Bombenanschläge und Brand-Attacken gehen, aus einer Gruppe von Fuchsjagd-Saboteuren. Im libertären Lager verbinden sich die Sensibilisierung für Umweltthemen mit der gelegentlichen Neigung zum Spiritualismus und der weitverbreiteten Konsumkritik – alles Ausdruck der vorrangig moralischen Fundierung der britischen Linken.

Die letzte größere Gruppe von zusammengehörigen Themen entstammen dem Bereich Law and Order. Kritisiert werden Entwicklungen, die zur Beschneidung bürgerlicher Grund- und Freiheitsrechte führten wie der *Public Order and Criminal Justice Act*⁹, *ASBOs*¹⁰, Angriffe auf das Abtreibungsrecht, sowie Fragen aus dem Bereich selbstbestimmter Lebensformen (Wohnprojekte, Hausbesetzungen). Ganz im Vordergrund standen die Gesetzesverschärfungen nach dem 11. September 2001. Auch diese Themen stehen im Schatten des Krieges, da in Großbritannien wie in anderen Ländern auch nach den Anschlägen eine so genannte Anti-Terror-Gesetzgebung zur Beschneidung von Grund- und Freiheitsrechten geführt hat, beispielsweise dem Recht der Polizei jede „verdächtige“ Person anzuhalten, zu durchsuchen, datentechnisch zu erfassen und des Platzes zu verweisen. In diesem Zusammenhang wird von der Regierung Blair die Einführung eines Personalausweises betrieben, den es bisher in Großbritannien nicht gab. Diese Pläne rufen breiten Widerstand hervor, in dem sich Linke wie auch viele Liberale einig sind. Mit den Pässen könne kein Anschlag verhindert werden, stattdessen entstehe aber eine landesweite Bilddatenbank aller Briten. Es wird befürchtet, dass angesichts der in Großbritannien teilweise flächendeckenden Videoüberwachung und der technisch immer ausgereifteren Möglichkeiten der softwaregesteuerten automatischen Gesichts- und Verhaltenserkennung eine absolute Kontrolle möglich wird.

Stop the War und der Flirt mit dem Islam

Die Proteste gegen den Irakkrieg der USA und ihrer Verbündeten, zu denen an erster Stelle Großbritannien gehört, führten zu einer Welle von Protest, wie sie Großbritannien zuvor nicht erlebt hatte. Zum europaweiten Aktionstag, dem Höhepunkt der Mobilisierung gegen den Krieg am 15. Februar

2003 strömten mehr als eine Million Menschen (nach anderen Schätzungen bis zu 2 Mio.) in London zusammen, um ihre Kritik an der Kriegspolitik auf die Straße zu tragen. Übereinstimmend berichteten Teilnehmer über die Begeisterung, die von einer so großen Kampagne ausging. Neben der schier großen Größe wurde v.a. angemerkt, dass viele „neue“, also junge, unpolitische, muslimische, nicht linke und nicht organisierte Menschen an den Protesten beteiligt waren.

Dazu wird der Aspekt der Übereinstimmung im gemeinsamen Protest betont. Auf den Demonstrationen und zum Teil auch in lokalen Antikriegskomitees trafen sich – eine erwähnenswerte Ausnahme – libertäre wie sozialistische Linke. Hauptorganisatorin des landesweiten Protests war die *Stop the War Coalition*. In London und in vielen anderen Städten gründeten sich damals gleichnamige Bündnisse mit dem Ziel, einen Angriff auf den Irak zu verhindern, bzw. nach Ausbruch des Krieges, den Rückzug der Truppen zu erreichen. In der *Stop the War Coalition* fand sich ein neuartiges Bündnis zusammen. Es war (und ist) dominiert von Linkskräften von *SWP* und *CND*, aber auch *SCG* und *Socialist Action*. Im Lenkungsausschuss sind Galionsfiguren der Linken, wie Tony Benn, George Galloway und Tariq Ali vertreten, ebenso Gewerkschaften und Mitglieder verschiedenster Kampagnen und NGOs. Das eigentlich Neue bestand jedoch in der Beteiligung muslimischer AktivistInnen und Organisationen, v.a. in Gestalt der *Muslim Association of Britain (MAB)*, die eine tragende Rolle in der *Stop the War Coalition* spielte. Daraus ergaben sich ein großes Mobilisierungspotenzial aber auch Spannungen innerhalb der Linken. Viele AktivistInnen, besonders die in der *Stop the War Coalition* organisierten bzw. die ihr nahestehenden Organisationen, begrüßten die breite Basis dieser Bewegung. Denn sie konzedieren, dass mit dem „Krieg gegen den Terror“ auch eine Welle anti-islamischer Ressentiments einhergehe. Die Involvierung von Muslimen (typischerweise wird von der *Muslim community* gesprochen) wird zudem als ein positiver Schritt gesehen, der die Muslime politisiere, sie in die Lage versetze, sich gegen das als zunehmend rassistisch empfundene Klima zu wehren.

Es gibt jedoch auch Kräfte, die dieser Zusammenarbeit kritisch bis ablehnend gegenüberstehen, sich aber in der Minderzahl zu befinden scheinen. Denn während die antirassistische Grundorientierung klar und einigend ist, teilt die Linke doch mit vielen der muslimischen Protestierenden, so wird von Kritikern argumentiert, nur recht wenig.

Für die *AWL* kommt Zusammenarbeit mit islamischen, religiös definierten Organisationen nicht in Frage, weil sie zum Teil für rückwärtsgewandte, religiös-fundamentalistische Positionen stehen oder zumindest eine große Nähe zu diese verkörpernden Institutionen aufweisen.

Für die *AWL* kommt die Zusammenarbeit mit der *MAB* fast der Zusammenarbeit mit FaschistInnen gleich. Ähnliche Kritik kommt von den AnarchistInnen von *Class War*. BefürworterInnen der Bündnispolitik hingegen verweisen auf die *MAB*-Aktivistin Salma Yaqoob und betonen, dass diese fortschrittliche Positionen vertrete.

Ein wichtiger Motor hinter dieser neuen, umstrittenen Liaison ist die taktische Entscheidung der *SWP* und der Organisationen, in denen sie mitarbeitet, den Kampf gegen Islamophobie in den Mittelpunkt ihrer politischen Arbeit zu rücken. Dies drückt sich am deutlichsten in ihrem Slogan „Defend the Muslim community!“ aus. Die inhaltliche Begründung folgt der Antiimperialismusideologie (Aufteilung

der Welt in zwei antagonistische Lager) in kleinerem Maßstab. Die Muslime wurden als die Minderheit ausgemacht, die von der angenommenen Welle staatlichen Rassismus derzeit am meisten bedroht seien, demzufolge seien sie kritisch, aber bedingungslos zu unterstützen. Die Entwicklung der letzten Jahre zeigt aber, wie schnell aus einer solchen möglicherweise strategisch begründeten Entscheidung fast eine Obsession werden kann. Dazu einige Beispiele.

Da wäre zunächst der Fall Ramadan. Tarik Ramadan ist islamistischer Theologe und gehört in mancher Hinsicht zu den aufgeklärteren Vertretern der islamischen Theologie, weil er sich für die Integration von Muslimen in der westlichen Welt einsetzt. Trotzdem ist er immer wieder Ziel von Vorwürfen, er sei antisemitisch eingestellt und lehne Menschenrechtsverletzungen aus der Sharia wie die Steinigung oder das Abhacken der Hand als Strafe für Diebstahl nicht ab. Aufgrund dieser Vorwürfe forderte die *National Union of Students (NUS)* im Jahre 2004 seinen Ausschluss vom Europäischen Sozialforum, wo er in einem Panel über Menschenrechte sprechen sollte. Gegen diese Ausladung sprach sich der *Respect*-MP George Galloway vehement aus. KritikerInnen in seinem Sinne sahen in der Forderung Islamophobie, aber keine berechtigte Kritik an reaktionären Positionen.

Die gänzliche Unvereinbarkeit der beiden Sichtweisen erinnert an die deutsche Diskussion (und Diskussionsabwehr) um linken Antisemitismus. Die *NUS* war daraufhin wiederholt Schauplatz ähnlicher Auseinandersetzungen. *SWP*-nahe (*Socialist Worker Students Society*) und *Socialist-Action*-nahe (*Student Broad Left*) Organisationen verbündeten sich mit der islamischen *FOSIS*-Fraktion (*Federation of Student Islamic Societies*) und wurden hart von *AWL*-nahen Kräften dafür angegriffen, denn die islamisch-linke Koalition sprach sich u. a. gegen säkulare Bildung aus. Auch umstritten waren, entlang der bekannten Konfliktlinien, die Haltung zum Iran und zum Holocaustgedenktag, den die links-islamische Koalition ablehnte – wohl um mit dem Shoahgedenken nicht die Gegenseite im Nahostkonflikt zusätzlich zu legitimieren.

Noch klarer als im Fall Ramadan wurden die verschiedenen Positionen zur Koalition aus Linker und Islam im Fall der Einladung des Islamisten Yussuf al-Qaradawi durch den Londoner Bürgermeister Ken Livingston. Qaradawis Inkompatibilität mit linken Kernvorstellungen ist für die *AWL* und andere KritikerInnen umso deutlicher. Er rechtfertigte, so die Anklage, Selbstmordattentate, billige Genitalverstümmelung und sei homophob. Die auch von anderer Seite, bspw. dem *Board of Deputies of British Jews*, vorgelegte Kritik, fand kein Gehör bei Livingston. Vielmehr nahm dieser den Eingeladenen gegen alle Kritik in Schutz und bezeichnete die gut belegten Vorwürfe als Lügen. Ein weiteres Beispiel ist die Einladung eines Vertreters der terroristischen religiös-fundamentalistischen Mahdi-Armee des irakischen Schiiten Al-Sadr zu einer Anti-Kriegs-Konferenz.

Den hinter diesen Erscheinungen liegenden Einstellungswandel, insbesondere die positive emotionale Besetzung des Islam in Teilen der britischen Linken, konnte man in aller Deutlichkeit bei Ereignissen des Jahres 2006 verfolgen. Die Konferenz *Marxism 2006* der *Socialist Workers' Party* stand ganz im Zeichen der Nähe zum Islam. Unzählige Redner forderten „Defend the Muslims“ und bekamen dafür laute Ovationen, mit einer Begeisterung, wie sie – außer Palästina – kaum ein anderes Thema zu erzeugen vermochte. Redner auf der Abschlussveranstaltung war auch Azzam Tamimi.

Dieser bekannte vor den hunderten versammelter Anhänger „Ich war mein Leben lang Mitglied der Moslebrüder unterstützt entschieden die Hamas. Darauf bin ich stolz.“. Die Reaktion des Publikums war eine Welle der Begeisterung. Fast alle Anwesenden standen zum Beifall auf, laute Jubelrufe durchdrangen den Saal – als Folge des Bekenntnisses zu einer autoritären, fundamentalistischen, frauenfeindlichen, antiliberalen und antisemitischen Organisation.

In einem anderen Panel zum Thema „Islamophobia and the rise of the new racism“ wurde über eine Entscheidung der kanadischen Schwesterorganisation der *SWP* berichtet. Diese unterstützte die Forderung muslimischer Organisationen nach Einführung einer Scharia-basierten zivilen Gerichtsbarkeit für Muslime in Kanada. Unterschiedliche Begründungen wurden in der Diskussion vorgebracht und mit lautem Beifall bedacht. Zunächst wurde darauf hingewiesen, dass anderen Religionen in Kanada religiöse Schiedsgerichtsbarkeit zustehe, Muslimen aber nicht, was Ausdruck der herrschenden Islamophobie sei. Eine andere Sprecherin hob hervor, dass sie selbst auch lieber nicht von einem „kapitalistischen Gericht“ stehen möchte, womit sie implizit die islamischen Schiedsgerichte zu nicht- oder antikapitalistischen erklärte, und brachte somit eine öffentliche Wertschätzung religiöser Gerichte zum Ausdruck. Aufschlussreich war auch die Reaktion auf den Kommentar eines Diskussionsteilnehmers aus dem Publikum. Dieser, selbst Mitglied einer konkurrierenden trotzkistischen Organisation, forderte eine Unterscheidung zwischen dem Kampf gegen Islamophobie und dem Sich-zu-eigen-machen sämtlicher Forderungen von Muslimen. Stattdessen bestand er auf der säkularen Tradition der Linken, forderte sämtliche Rechte für alle Glaubensrichtungen zu wahren, sich aber für eine laizistische Gesellschaftsausrichtung stark zu machen. Sein Beitrag wurde nur von einzelnen Personen mit Beifall bedacht, rief aber viel Widerspruch hervor.

Der sich hier abzeichnende Prozess ist eine mehrstufige Entwicklung. An ihrem Beginn steht die Identifikation einer Gruppe, die als Opfer, aber auch als potentielle UnterstützerInnen-Basis für das eigene Projekt wahrgenommen wird. Im Laufe der Annäherung zwischen den Gruppen kommt es zur zunächst strategischen Übernahme von Positionen, aber auch zur allgemeinen Identifikation mit der Gruppe und ihren Symbolen und Inhalten.¹¹ Am Ende besteht die Option einer Überidentifizierung, die die Grenzen zwischen dem Selbst und dem Objekt der Identifikation verwischt und zum einschneidenden Wandel der eigenen Identität führt. In diesem Fall besteht der Identitätswandel in einer Zurückdrängung des Stellenwertes von Säkularismus zugunsten einer Aufwertung von Religion als Ausgangspunkt gesellschaftlicher Veränderungen. Linke, die diesen Wandel nicht mitgemacht haben, werden beispielsweise die Frage nach der möglichen Einführung islamischer Schulen innerhalb eines Fortschritts-Säkularismus-Deutungsmusters (religiös = rückschrittlich, säkular = fortschrittlich) kritisieren, während diejenigen, die diesen Konversionsprozess durchlaufen haben, die Frage in einem Deutungsmuster von Antirassismus oder Antiislamismus wahrnehmen, der Religionskritik verdrängt.

Die Kritiker des Flirts mit dem Islam beziehen sich nicht in erster Linie auf die muslimischen Organisationen als solche, sondern auf jene Linken, die die Konfliktthemen umgehen und dafür opportunistischer Gründe beschuldigt werden.



Es gibt kaum Anzeichen dafür, dass um dieses Thema eine ernsthafte und befriedigende Debatte geführt wird, manch einer bedauert deren Fehlen explizit. Wie erwähnt, überwiegt die positive Wertung des *empowering* der Muslime gegenüber der als rassistisch empfundenen Umwelt. Aus diesen Gründen gibt es in der britischen Linken auch eine tendenziell freundlichere Position gegenüber muslimischen Distinktionssymbolen wie dem Schleier als z. B. in Frankreich.

Diese Problematik beschränkt sich jedoch nicht auf die SWP. Ähnliche Diskussionen spielen sich auch in der Labour-Linken ab. Auf der Jahreskonferenz von *Labour Against the War*, so kritisiert ein Bericht, sei zu häufig die Forderung, einen Krieg gegen den Iran zu verhindern, damit verknüpft worden, die „iranische Demokratie“ zu loben.

Den Hintergrund dafür bildet wahrscheinlich die insgesamt hohe Sensibilisierung der britischen Linken für das Thema Rassismus und Kolonialismus. Die Identifizierung mit den MuslimInnen schloss jedoch auch eine Vielzahl von Kontakten und Kooperation mit dem Islamismus ein. Dass dessen Positionen, von der Auslöschung Israels bis zur Feindschaft gegenüber individuellen Freiheitsrechten, akzeptiert werden und ihnen immer wieder an prominenter Stelle Podien geboten werden (v. a. durch die SWP), legt den Schluss nahe, dass es mittlerweile auch ideologische Überschneidungen gibt, bzw. diese sich entwickeln.

Das hier beschriebene Mischungsverhältnis von Strategie, Opportunismus und ideologischer Übereinstimmung zwischen der Linken und dem politischen Islam und Islamismus lässt sich schwer bestimmen; sicher ist, dass bei einem großen Teil der anti-imperialistischen Linken verschiedene Komponenten zusammenkommen. Die geschilderten emotionalen und explizit-inhaltlichen Bezugnahmen auf religiöse, nationalistische, antisemitische Organisationen sprechen für große Schnittmengen. Auf Leitungs- und Ideologenebene wird dies jedoch meist verklärt, indem der anti-linke Charakter der betreffenden Organisationen wie der MAB geleugnet oder die Zusammenarbeit als Cover für andere Ziele strategisch begründet wird. Eine Vertreterin der deutschen SWP-Schwesterorganisation *Linksruck* z. B. sieht dieses Bündnis vorrangig als „Eintrittskarte“ in die arabische Welt, um dann dort letztlich doch genuin linke Organisationen unterstützen oder aufbauen zu können. Die Person George Galloway stellt in ihrer so derben und homogenisierenden Anbiederung an Islam und AraberInnen deshalb ein besonderes krasses Extrem dar. Einen Gegenpol bildet neben der AWL die libertäre Linke, die in ihrer Grundorientierung auf individuelle Freiheiten und ihrer Expressivität nicht für Bündnisse mit religiösen Gruppen anfällig ist.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass der Krieg im gesamten Untersuchungszeitraum im Zentrum des Interesses stand und sowohl Auslöser für Diskussionen war als auch, im Zusammenhang mit der Gründung von *Respect* aus einer links-muslimischen Koalition, Anlass für strukturelle Wandlungen der Situation der britischen Linken. Diese Wandlungen auf Organisationsebene haben ein Korrelat in der Ideologie und bestehen im Einzelnen in der Aufwertung der Religion, insbesondere des Islam, und einer tendenziellen Abwendung vom traditionellen marxistisch-universalistischen, nicht kulturellrelativistischen Säkularismus und Antisemitismus im Dienste einer antiimperialistischen Einheitsfront.

Antirassismus

Die Rassismusproblematik wird hauptsächlich auf aus Asien stammende MigrantInnen bezogen. Zu negativer Berühmtheit gelangte in den sechziger und siebziger Jahren das so genannte *Paki-bashing*, die systematische Gewalt gegen asiatische Einwanderer durch rassistische Schlägertrupps. Diese stehen entsprechend im Fokus antirassistischer Arbeit. Immer wieder kam es zu rassistischen Gewaltausbrüchen bei gleichzeitiger institutioneller Diskriminierung und in diesem Zusammenhang auch zu großen Kampagnen der britischen Linken gegen diese Missstände, z. B. mit *Rock Against Racism*-Konzerten.

Die größte Kontinuität ist in der antifaschistischen und antirassistischen Arbeit durch das investigative Magazin *Searchlight* gegeben. Verschiedene Kampagnen entstanden sonst immer wieder anlassbezogen. Aktuell gibt es Aktivitäten gegen die rechte *British National Party* durch Organisationen wie *Unite against Fascism* und die *Anti-Nazi League*. Während hinter der UAF auch viele honorige Personen, u. a. eine große Zahl von Unterhausabgeordneten stehen, gibt es auch noch, allerdings in viel geringerem Maße als in der Bundesrepublik, autonome antifaschistische Gruppen, z. B. die Londoner *Antifa*. Doch gerade im Untersuchungszeitraum war die tatsächlich gegen die extreme Rechte gewandte Arbeit weitaus weniger wichtig als der Kampf gegen gesellschaftlichen Rassismus. Wie gezeigt wurde, gelten aktuell besonders Muslime als davon betroffen. Allgemeiner Konsens scheint darüber zu bestehen, dass die Entwicklungen nach dem 11.9.2001 zu einer Verschärfung des Rassismus gegen Muslime beigetragen haben. Aktivitäten, und sei es nur verbaler Art, gegen die rechten Tendenzen des Islamismus, die immerhin manchen Gegner von Islamfaschismus sprechen lassen, gibt es wie beschrieben nur von kleinen Gruppen und Einzelpersonen.

Mehrfach als wichtiges aktuelles Thema genannt wurden auch die Situation Asylsuchender und im Besonderen der Protest gegen das Abschiebelager Dungable und das Gefängnis Belmarsh, in welchem „terrorverdächtige“ AusländerInnen ohne Verfahren festgehalten werden, was einige AktivistInnen dazu bringt, unter Anspielung auf das Gefangenenlager der USA auf Kuba vom „britischen Guantanamo“ zu sprechen.

Dass Antirassismus zu den wichtigen konstitutiven Elementen der gesamten britischen Linken gehört, zeigt sich auch bei Themenfeldern, die damit scheinbar nicht zusammenhängen. So gewann ein Schwulen-Aktivist in vielen Jahren des Engagements den Eindruck, dass seine Thematik (Kampf gegen Homophobie) deutlich weniger Resonanz findet als Antirassismus. Homophobiekritik passt nicht so gut in die wichtigen Deutungsmuster der antikolonialismus- und antirassismusgeprägten Linken. Schwulen-AktivistInnen werden deshalb immer wieder mit Rassismusvorwürfen konfrontiert, wenn sie bspw. die Reggae-Szene für ihre Homophobie angreifen. Diese Szene ist so militant schwulenfeindlich, dass es immer wieder zu Mordaufrufen gegen Homosexuelle kommt. Die Kritik daran wird aber von einigen als Aufweichung der Front gegen den Rassismus gesehen, da ImmigrantInnen aus der Karibik auch Ziel rassistischer Diskriminierung seien. Mehrere Artikel im linksliberalen *Guardian*, aber auch in der SWP-Zeitung *Socialist Worker* argumentierten in diese Richtung. Ziel der Angriffe war immer wieder der

linke *OutRage!*-Aktivist Peter Tatchell. Er ist Mitglied der Grünen, aber bekennender Linker, seit vielen Jahren in Menschenrechts- und Antirassismusarbeit involviert und doch Zielscheibe von Rassismusbewerfen, weil er und seine Gruppe erfolgreich Auftrittsverbote und Strafverfolgung für „Jamaican murder music“ forderten.

Aus der hohen Sensibilisierung für Rassismus wurde also, wie schon am Beispiel der Zusammenarbeit mit MuslimInnen gezeigt, eine Tendenz der Übersensibilisierung bzw. Überidentifizierung, die sich in Widerspruch zum linken Universalismus begibt und bestimmte Gruppen von Diskriminierten oder Verfolgten auf Kosten anderer bevorzugt. Letztendlich konkurrieren hier zwei Deutungsmuster miteinander. Derzeit ist der (Anti-)Rassismusframe in der Linken prominenter als universalistische Deutungsmuster, die andere Diskriminierungsformen wahrzunehmen in der Lage sind. Von diesem Antirassismusframe ausgehend ist sogar Fraternisierung mit explizit rechten (homophoben, antisemitischen, radikalislamischen) Positionen in Teilen der antiimperialistischen Linken legitim geworden.

Kultureller Background

Die Linke, wie sie hier bisher dargestellt wurde, erscheint als heterogene Zusammenfassung zerstrittener Gruppen mit vielfältigen Interessen. Bedeutende formative Elemente kommen jedoch ebenfalls deutlich zum Vorschein. Als immer präsente Bezugspunkte bilden sie den kulturellen Background des Agierens der Linken, einen Traditionsbestand. Zu diesem kulturellen Background gehört der schon erläuterte Antirassismus, der zugleich auch aktuelles Handlungsfeld ist. Eine andere Rolle spielen konkrete Kämpfe und Kampagnen, die prägende Erlebnisse für die Linke darstellten, weil sie es schafften, eine große lagerübergreifende Einigkeit herzustellen (*poll tax rebellion*) oder aber trotz aller Solidarisierung eine tiefgreifende und weiter schwächende Niederlage darstellten (Bergarbeiterstreik).

Hinter der *poll tax rebellion* steht der Kampf gegen die *poll tax* oder *community charge*. Dies war eine einkommensunabhängige lokale Kopfsteuer, deren versuchte Einführung 1990 mit zum Ende der Ära Thatcher beitrug. Es kam damals in ganz Großbritannien zu Massenprotesten. Die Steuer wurde schließlich 1993 durch die council tax ersetzt, nach dem viele Briten die Zahlung der *poll tax* verweigerten. Tommy Sheridan, die Ikone des schottischen Sozialismus und Abgeordneter der SSP, saß wegen der Zahlungsverweigerung sogar im Gefängnis und schuf damit die Voraussetzungen für seine Popularität und seine Wahlerfolge in Schottland.

Ein weiteres formatives Ereignis dieser Art, allerdings deutlicher für die sozialistische Linke, war der Bergarbeiterstreik 1984/85, der in der Rückerinnerung mancher ein letztes Aufbäumen der Arbeiterbewegung gegen ihre Zerschlagung in der Ära Thatcher darstellt. Dies führt zu einem weiteren wichtigen Punkt, der Rolle der Gewerkschaften und der Bedeutung eines zentralen Konzeptes der Linken: (*working*) *class*.

Die Linke und die Gewerkschaften

Viele sozialistischen AktivistInnen engagieren sich nicht nur in der jeweiligen Gruppe oder Partei, sondern auch zusätzlich in den Gewerkschaften. Es steht aber noch mehr dahinter als die traditionelle Verwurzelung der Linken in der Arbei-

terInnenbewegung. Dabei geht es um die Rolle der Gewerkschaften in der *Labour Party*, die mit ihrer durch das Mehrheitswahlrecht zementierten Position kaum linke Konkurrenz neben sich zulässt. Die *Labour Party* wurde u.a. von den Gewerkschaften gegründet und finanziert sich zum großen Teil durch Beiträge der Gewerkschaften, die auch über einen großen Teil der Stimmen auf der *Labour Party Conference*, dem jährlichen Parteikongress, verfügen. Gewerkschaftliches Engagement stellte somit traditionell eine Möglichkeit dar, die Partei zu beeinflussen, was auf dem alternativen Wege – über Strukturen innerparteilicher Einflussnahme von der Basis aus – im Fall Labours als hoffnungslos eingeschätzt wird, gerade wegen zunehmend zentraler Steuerung der Partei und abnehmender Basisaktivitäten.

In einzelnen Gewerkschaften und in der Linken wurde deshalb darüber diskutiert, die Bindungen zu *Labour* zu lösen. So wurde die Affiliierung der Transport-Gewerkschaft RMT seitens der *Labour Party* beendet, weil die RMT ihren lokalen Gliederungen freistellte, welchen Kandidaten oder welche Kandidatin sie bei Wahlen unterstützen. In anderen Gewerkschaften, bspw. der GMB, einer der vier größten landesweiten Gewerkschaften, wird darüber nachgedacht, die Haltung zu *Labour* zu verändern und Unterstützung nicht mehr als Blanko-Scheck zu liefern, sondern von konkreter inhaltlicher Übereinstimmung mit den jeweiligen KandidatInnen abhängig zu machen. Die Feuerwehrgewerkschaft FBU löste sich von *Labour*. Die *Scottish Socialist Party* betreibt eine Kampagne, die das Ziel hat, Gewerkschaften zur Lösung von *Labour* zu ermutigen und sie dazu zu bewegen, ihr finanzielle Unterstützung der Linken zukommen zu lassen. Die ist auch notwendig im Hinblick auf die angestrebte Schaffung von Wahlalternativen zu *Labour* wie der Anti-Kriegs-Partei *Respect*.

Die SWP/*Respect* gelten als etwas weniger stark in den Gewerkschaften verwurzelt als ihre Konkurrenten bspw. von der *Socialist Party*, deren Mitglieder in den Vorständen mehrerer großer Gewerkschaften vertreten sind. Zudem lagen die Schwerpunkte des SWP-Engagements bei internationalistischen, antiimperialistischen Themen. Man ist jedoch auch in der SWP bestrebt mit der „Organising for Fighting Unions Conference“ diesen Schwachpunkt abzustellen und mehr Gewerkschaften zu ermutigen, den endgültigen Bruch mit (*New*) *Labour* zu wagen.

Natürlich ist auch in Großbritannien mit der Neuen Linken und 1968 eine postmaterialistische, nicht mehr so sehr klassenbasierte und -bezogene Linke entstanden, doch diese libertäre Linke befand sich immer in Konkurrenz zum klassischen und dominanten *labourism* oder *workerism*. Seit den achtziger Jahren gewinnt die traditionelle Politik sogar wieder an Terrain.

Klasse

Quantitativ in dieser Studie mindestens ebenso bedeutsam wie der Bezug auf Gewerkschaften, war die Verwendung des Klassenkonzeptes, ein weiteres Anzeichen für die eher traditionskommunistische Orientierung des Sozialismus in Großbritannien. Hier ist ein generell hohes Klassenbewusstsein charakteristisch, speziell in der Linken. Der Begriff der Klasse ist hier nicht aus der Mode gekommen, hat nicht so sehr den Geruch des Überkommenen oder Angestaubten wie in der Bundesrepublik. Die Kooperation mit Muslimen bspw. wird gelegentlich als Kooperation mit muslimischen Arbeiter-

Innen begründet, bzw. mit der Zugehörigkeit der meisten Muslime zur ArbeiterInnenklasse:

Festzuhalten ist, dass das Konzept Klasse die Linke eint und nicht nur eine Grundkategorie ideologisch marxistisch oder leninistisch orientierter Gruppen ist, sondern auch für die anarchistische Szene, die zwischen *Klassenkampf-Anarchisten* oder *Sozialanarchisten* auf der einen und *Lifestyle-Anarchisten* auf der anderen Seite unterscheidet. Bei dieser Unterscheidung geht es um die Frage, ob der politische Kampf „nur“ um Lebensstilfragen und persönliche Befreiung oder im Kontext einer Auseinandersetzung zwischen gesellschaftlichen Klassen stattfindet. Eine der bedeutendsten anarchistischen Gruppen heißt dementsprechend *Class War* (*Klassenkrieg*). Letztendlich kennzeichnet den größten Teil der Linken, aber besonders das sozialistische Lager ein sogenannter uncritical ‚workerism‘: eine Gewissheit, ja fast Heilserwartung an die Rolle der Arbeiterinnen und Arbeiter. „Working class“ ist trotz der geringen Anerkennung der *far left* in eben jener, das ultimative positive Attribut, die Letztbegründung für das eigene Engagement.

Anti-Imperialismus und die USA

Eine andere Grundbegrifflichkeit, die dem eher am deutschen Diskurs geschulten Beobachter ins Auge fällt, ist die Häufigkeit des Begriffs des (Anti-)Imperialismus. Hier ist klar die Leninsche Tradition zu spüren, die aber auch bis ins libertäre Lager hinein wirkt. Der Begriff des Antiimperialismus repräsentiert ein, innerhalb der Linken z. T. auch kritisierendes, weltpolitisches Lagerdenken, welches bei allen Konflikten die Entscheidung für eine Seite, nämlich die als antiimperialistisch betrachtete, impliziert, wie auch immer die konkrete Politik des jeweiligen antiimperialistischen Lagers aussehen mag. Dazu gehört z. B. eine Unterstützung nationaler Befreiungskämpfe. Klar scheint im derzeitigen Diskurs, dass die imperiale Seite die USA darstellen (wenn auch sekundiert von Großbritannien), was sich in der Anti-Kriegs-Politik manifestiert. Überwiegend wird der Irakkrieg als imperialistisch empfunden, somit der Widerstand gegen die Besatzung von den AntiimperialistInnen unterstützt. Folgerichtig forderte die Stop the War Coalition nach dem Krieg den sofortigen Truppenabzug, obwohl es in der Linken durchaus unterschiedliche Positionen zur „Unterstützungswürdigkeit“ des irakischen Widerstandes gibt.

Auch hier ist es wieder die *SWP*, die in ihrer Positionierung die größte Eindeutigkeit zeigt. Sie fordert die klare Solidarisierung mit dem irakischen Widerstand. Etwas unentschlossener zeigt sich die *CPGB*. In ihrer Zeitung *Weekly Worker* forderte sie, bestenfalls kurzfristige und episodenhafte Zusammenarbeit mit dem irakischen Widerstand gegen den Hauptfeind, die Besatzungsmächte, betont aber die tiefgreifenden Widersprüche zwischen religiös-fundamentalistischen oder nationalistischen Gruppen und Parteien der Linken. Noch einen Schritt weiter geht hier wieder die *AWL*, die sich unentschlossen zeigt, ob in Anbetracht des Charakters des irakischen Widerstands derzeit überhaupt eine Rückzug der Truppen sinnvoll sei. Sie konzentrieren sich daher auf die Berichterstattung über und Zusammenarbeit mit linken irakischen Organisationen und Gewerkschaften, ohne den „Widerstand“ zu unterstützen.

Wenn auch das antiimperialistische Parteiergreifen gegen die USA, welches die Nichtbeachtung der Gräueltaten des „Widerstands“ beinhaltet, insbesondere im sozialistischen Lager

dominiert, gibt es also doch Widerspruch. Neben der *AWL* sind es vor allem AnarchistInnen, die dem Flirt mit dem Islam genauso skeptisch gegenüberstehen wie der Unterstützung des irakischen Widerstands. Diese nicht so eindimensionalen Positionen sind insgesamt aber marginalisiert. Wer den Antiimperialismus dieser Provenienz nicht teilt, wird oft harsch kritisiert. Es stoßen also zwei verwandte, im Marxismus verwurzelte, aber doch deutlich unterschiedliche Weltansichten aufeinander, letztlich eine klassenkampfbefindliche und die traditionell-antiimperialistische.

Entlang ähnlicher Konfliktlinien verlief die Diskussion um die Reaktion auf die Anschläge gegen die Londoner U-Bahn und einen Bus durch fundamentalistische Muslime am 7. Juli 2005. Damals starben 52 Menschen, über 700 wurden verletzt. Der *SWP* wurde vorgeworfen, sich nicht deutlich genug von den Attentätern distanzieren, stattdessen aber die Verbrechen rationalisiert zu haben, in dem sie als Reaktion auf den Imperialismus dargestellt wurden. Damals wies auch noch das antifaschistische Magazin *Searchlight* auf die Ähnlichkeiten zwischen Islamismus und Faschismus hin und warnte vor unkritischer Zusammenarbeit mit der *MAB*. Solche Kritiken werden von der traditionell antiimperialistischen Linken ignoriert oder bekämpft und somit wird die Gegnerschaft zur USA sowie die Unterstützung der Gegner der USA in einem Lagerdualismus zu einer von vielen nicht hinterfragten Grundannahme.

Entscheidend ist die emotional hoch bewertete Gleichsetzung von „Linkssein“ und „Antiamerikanismus“. Die britische Außenpolitik wird nicht nur in ihren spezifischen Inhalten, sondern immer auch als amerikahörig kritisiert.

Die manichäische Eindeutigkeit der Positionsbestimmung reflektiert sich auch auf einer eher bewegungskulturellen Ebene. Sie kommt in dem zum Ausdruck, was – oft ganz ohne Ironie – Predigen vor den Bekehrten genannt wird. Viele politische Veranstaltungen (und hier ist die libertäre und anarchistische Linke ganz explizit herauszunehmen) sind von diesem Stil gekennzeichnet, der tatsächlich an Predigen erinnert. Ein Redner hält eine Rede, die einfach strukturiert ist, viele motivierende emotionale Elemente (kleine Späße, anrührende Erzählungen usw.) enthält und oft die eigene Stärke und moralische Überlegenheit beschwört. Dieser folgt meist keine Diskussion im engeren Sinn. Vielmehr tritt nun eine große Zahl von RednerInnen aus dem Publikum auf, die meist im Sinne des Redners eigene Beiträge bringen, oder nur lose thematisch verbundene gänzlich eigene Anliegen vertreten. Kritik am Hauptredner hingegen kommt fast nicht vor, auch keine weitere Problematisierung oder Elaborierung seiner Thesen. Diese zweite Stufe dauert eine Weile, bis der Hauptredner evtl. noch einige kurze Erwiderungen gibt, um dann mit einer aufputschenden kleinen Mobilisierungsrede zu schließen.

Innerhalb der Linken gibt es nur eine zaghafte Kritik an der so dominanten extrem traditionalistisch-antiimperialistischen Ausrichtung. Es gibt diese Kritiker im traditionskommunistischen Lager selbst (bei der *CPGB* und der *AWL*). Auch im anarchistischen Spektrum sehen sich modernere, aufgeklärte Linke jenen gegenüber, die in grenzenlosem USA-Hass nur über einfache, manichäische Weltbilder verfügen. Insgesamt scheint dort die Offenheit aber größer zu sein – da man hier nicht so sehr vom orthodox-objektivistischen Erbe eines einfach verstandenen Marxismus geprägt ist. In jüngster Zeit gab es auch Ansätze zu einer Neubestimmung linker

Politik im Sinne dieser Kritik. Verschiedene Publizisten, unter ihnen viele Internetblogger (die bekanntesten sind Norman Geras und Nick Cohen), entwickelten seit einiger Zeit Kritikpunkte, die gewisse Parallelen zu den deutschen Diskussionen aufweisen. Die dahinter stehenden Personen haben politisch-sozialisatorische Hintergründe im Trotzismus oder eher im intellektuellen Linksliberalismus. In publizistischen Beiträgen und ihren Weblogs kritisierten sie u.a. die zu große Nähe von Teilen der Antikriegsbewegung zum Baath-Regime Saddam Husseins im Irak. Sie kritisieren die Linke für ihren Antizionismus, Antisemitismus und Antiamerikanismus. Aus diesem Kreis heraus entstand das *Euston Manifesto*, benannt nach dem Londoner Bahnhof, in dessen Nähe ein Teil der Beteiligten sich im Pub O'Neill's zu Diskussionen traf. Dieses Manifest wurde viel diskutiert, auch in britischen Mainstreamzeitungen und hat sogar ein Echo auf internationaler Ebene gefunden. Mit ihm sollen grundlegende Prinzipien einer erneuerten progressiven Politik spezifiziert werden. Viele Parallelen zu Themen, wie sie in der Bundesrepublik besonders von Antideutschen forciert werden, fallen auf. So ist z. B. das erste der 15 grundlegenden Prinzipien des Manifests ein Bekenntnis zu Demokratie und Liberalismus, die gegen Tyrannei und reaktionäre Regime in Schutz genommen werden. Klar spricht sich das Manifest gegen Kulturrelativismus in Fragen der Menschenrechte aus (also gegen die neue Rücksicht gegenüber dem Islam), gegen Antiamerikanismus und Anti-Zionismus und falsche Rücksicht gegenüber totalitären Bewegungen und Terroristen, die, wenn sie als antiimperialistisch wahrgenommen werden, allzuoft damit rechnen können, dass man ihren Inhalte unkritisch akzeptiert. Gegen die starre Weltsicht des Antiimperialismus zielt ihr Engagement. Besonderen Anlass zur Kritik, die wiederum das *Euston Manifesto* schnell und zu Hauf eingefahren hat, gab die Unterstützung von „humanitären Interventionen“, auch wenn nicht alle – wohl aber die meisten – der UnterstützerInnen zu den Befürwortern des Irakkrieges zählten. Ob aus diesen Impulsen eine Strömung wird, die die Entwicklung der Linken entscheidend beeinflusst, ist noch offen. Bisher ist es nicht angebracht, von neuen Koalitionen zu sprechen. So gibt es zwar Übereinstimmung zwischen *Engage*, *Euston Manifesto*, der *AWL* und *Class War* in der Einschätzung des irakischen Widerstandes oder im Verhältnis der Linken zum Islam. Diese geht auch einher mit einem schlechten Verhältnis aller Erwähnten zur *SWP*. Doch bei anderen Fragen ist bisher keine Übereinstimmung erzielt oder auch nur ernsthaft versucht worden.

Fazit

Die britische Linke ist in zwei große Strömungen gespalten – eine libertär-anarchistische und eine vor allem trotzkistische geprägte sozialistische Linke. Trotz aller Animositäten zwischen diesen Strömungen und dem gegenseitigen Ignorieren standen die meisten aktuellen Entwicklungen für beide im Zeichen des Krieges gegen den Irak. Auch in einigen Themenschwerpunkten und Hintergrundannahmen erweisen sie sich trotz Differenzen als ähnlich und typisch britisch. Dies betrifft die Grundkategorien und die inhaltlichen Orientierungen (Klassenpolitik, Antirassismus, Antiimperialismus). Aus letzterem ergab sich einer der großen aktuellen Problembereiche – die Zusammenarbeit und Identifikation mit Muslimen als Gruppe. Innerhalb dieser Diskussion wurde eine neue

Konfliktlinie deutlich. Sie verläuft zwischen den traditionell antiimperialistischen Kräften, in deren Zentrum die *SWP* steht, auf der einen Seite, die sich mit Muslimen verbünden, Antiislamismus als Hauptproblem sehen und ihren linken Universalismus in mehrerlei Hinsicht zumindest einschränken – als Anpassungsleistung an den neuen Partner. Auf der anderen Seite stehen verschiedene Kritiker, die in sich aber extrem heterogen sind. Von der strikt leninistischen *CPGB* über die trotzkistische *AWL*, die AnarchistInnen von *Class War* bis hin zu linksliberalen Intellektuellen und den radikalen Bloggern unterschiedlichster Couleur im Umkreis des *Euston Manifesto*.

Diese Spaltung zeigt sich auch beim Thema Krieg und Besatzung, v. a. in der Bewertung des Widerstands im Irak. Diese Konfliktlinie überlagert die anderen Konfliktlinien, ist jedoch noch nicht in der Lage, tatsächliche Lager zu bilden, die die bestehenden Allianzen überwinden.

Nachwort im Dezember 2007

Ein knappes Jahr nach Abfassung des hier in Auszügen abgedruckten Kapitels hat sich einiges getan, wenngleich wohl kaum zum Optimismus stimmende Ereignisse zu vermelden sind.

Die *Labour*-Linke hat die Chance verpasst, bei den Wahlen zum Nachfolger Tony Blairs für einen Richtungswechsel zu sorgen. Uneinigkeit zwischen Michael Meacher und John McDonnell und die allgemeine Schwäche der Parteilinken halfen Gordon Brown bei der Übernahme der Macht und der Beibehaltung der neoliberalen Inhalte.

Außerhalb *Labours* ist die Lage nicht weniger desaströs. In der *Scottish Socialist Party* haben sich letztlich doch wieder die sektiererischen Tendenzen durchgesetzt. Die Partei ist hochgradig zerstritten, viele der Konstituenten haben ihre Mitarbeit aufgekündigt, das Idol Tommy Sheridan und die Parteiführung stritten sich vor Gericht. Folglich schaffte die SSP bei den Wahlen im Mai 2007 nicht den Wiedereinzug ins Parlament.

Die letzte große Ereignis des Jahres war dann der Bruch in *Respect*. George Galloway und mit ihm der traditionalistische muslimische Teil zog sich aus *Respect* zurück um *Respect Renewal* zu gründen. Dass die *SWP* dies nun sogar als Gewinn umzumünzen versucht, weil damit die traditionellen Muslime die Partei verlassen hätten, macht nur noch einmal ihren Opportunismus deutlich. Die Geschwindigkeit ihrer Positionswechsel ist angesichts der Strategie der Umgarnung der Muslime als Muslime, wie sie noch bis Mitte des Jahres propagiert wurde, beeindruckend.

Hoffnung auf eine Verstärkung der gesellschaftlichen Relevanz linker Inhalte gegen die neoliberale Hegemonie macht keine dieser Entwicklungen.

Anmerkungen

- 1 Im Vergleich zu anderen Ländern, insbesondere Deutschland, waren Theorie und Ideologie immer unwichtiger als eine moralische und wertorientierte Fundierung des Linksseins.
- 2 Die Position des national organisers ist wohl am besten mit Geschäftsführer zu übersetzen. Es handelt sich meist um eine Vollzeitkraft aus der oberen Parteihierarchie, die die Partei auch nach außen hin vertritt und die grundlegenden Geschäfte organisiert. Einen eigentlichen Vorsitz gibt es nicht.
- 3 Labour wurde im Jahr 1900 von den Gewerkschaften als politische Repräsentanz der Arbeiterbewegung unter dem Namen Labour Representation Committee (LRC) gegründet und erst 1906 in Labour Party umbenannt.



- 4 D. h., dass Tausende aktiver Sozialistinnen und Sozialisten einer trotzkistisch geprägten Organisation angehören (allein ca. 4.000 Mitglieder der SWP, ein Großteil der Mitglieder der schottischen SSP hat ebenfalls trotzkistische Wurzeln, dazu die unzähligen anderen Kleingruppen), während der Trotzkismus in der Bundesrepublik wohl nur auf einige hundert Aktive kommt.
- 5 Verlässliche Angaben über ihre Mitgliederzahl sind nicht ohne weiteres möglich. Nach eigenen Angaben auf der Partei-Konferenz 2004 habe sie 3 345 „aktuelle Mitglieder“ und 4 240 „eingeschriebene Mitglieder“ Zu dem verfügt die Partei über viele Vollzeitbeschäftigte.
- 6 Die Zeitschrift *Class War* hat nach eigenen Angaben eine Auflage von 5 000 Exemplaren.
- 7 Es bestehen folgende Plattformen (Stand 2005): *International Socialist Movement* und *Committee for a Workers' International* (beide Produkte der Spaltung der schottischen *Militant Tendency* im Jahre 1996), *Socialist Worker Platform* (SWP-Schwesterorganisation), *Republican Communist Network*, *Scottish Republican Socialist Movement* (Strömungen mit starker Unabhängigkeitsorientierung), *Workers Unity* (UnabhängigkeitsgegnerInnen), *Communist Party of Great Britain*. Die Plattformen sind aber einem steten Wandlungsprozess unterworfen.
- 8 Zum Zeitpunkt der Niederschrift befindet sich die SSP in einer schweren Krise, in deren Zentrum eine Verleumdungsklage Sheridans gegen die *News of the World* sowie Vorwürfe sein Verhalten gegenüber Abgeordnetenkolleginnen betreffend steht. Dies führte zu gerichtlichen Ermittlungen gegen die Partei und einige Abgeordnete, neuen Fraktionsbildungen und letztlich zu einer massiven Zerreißprobe. Neben den persönlichen oder charakterlichen Aspekten Sheridans, die dabei verhandelt werden, geht es auch um einen Richtungsstreit zwischen traditioneller gewerkschaftsorientierter Klassenkampfpolitik (Sheridan) und VertreterInnen postmaterialistischer Themen wie Feminismus.
- 9 Ein Gesetz, welches die Möglichkeiten direkten polizeilichen Vorgehens gegen Demonstrationen, Hausbesetzungen und so genannte *free parties* oder *raves* verschärft und die Kriminalisierungsschwelle von ehemals als Ordnungswidrigkeit eingestuftem Verhalten deutlich herabsetzt.
- 10 *Anti Social Behaviour Orders*, Verordnungen gegen so genanntes antisoziales Verhalten, die von lokalen Behörden gegen „Gefahren, Belästigung und Bedrängnis“ verhängt werden können – eine Rekriminalisierung bestimmter, bisher tolerierter Abweichungen von Alltagsnormen wie Trunkenheit usw., die von der Linken u. a. wegen ihres Ausgrenzungseffektes gegenüber Minderheiten und Randgruppen kritisiert wird, aber auch zur Kriminalisierung von Demonstrationen und anderen Protestformen zur Anwendung kommt.
- 11 Noch vollständig offen ist die Frage einer Wirkung der Linken und ihrer Ideen und Ziele auf die muslimische Bevölkerung.

Die Situation in Polen und die Rolle der linken Kräfte

Von Klaus-Ulrich Göttner, BAG FIP, AK Mittel- und Osteuropa

Polen hat sich in den zwei Jahren der Machtausübung durch die PiS-Regierung (Partei Recht und Gerechtigkeit) verändert. Die Führung von PiS hat Gefühle der Benachteiligung und des Unrechts in verschiedenen Bevölkerungsschichten mobilisiert, gesellschaftliche und weltanschauliche Widersprüche vertieft, Vorbehalte gefördert, ein Feindbild, die sogenannten Seilschaften von Politikern/Funktionären und Geheimdienstoffizieren der VRP, mit führenden Solidarnosc-Vertretern und Geschäftsleuten geschaffen, und mit ständiger Kampfrhetorik für den notwendigen Druck gesorgt. So ist es gelungen, einem autoritären Regierungsstil als Kennzeichen eines „starken Staates“ in Teilen der Bevölkerung Akzeptanz zu verschaffen.

Unter dieser Losung wurde der Umbau des politischen Systems in Polen zur Zentralisierung und Monopolisierung der Macht in der Hand einer Partei begonnen. Alle wichtigen Exekutivorgane wurden durch eine radikale personelle Auswechslung von der PiS beherrscht. Kriterium war dabei die absolute Hörigkeit gegenüber den Kaczynskis und nicht die

fachliche Kompetenz. Bei Institutionen, wo die Gefahr einer Einschränkung dieser Macht bestand, gab es Versuche, sie zu schwächen bzw. zu verändern (angestrebte Veränderung der Zusammensetzung des Verfassungsgerichtes nach Veränderung des Lustrationsgesetzes; Einschränkung der Unabhängigkeit der Gerichte/Möglichkeit des Justizministers, Richtern Verfahren zu entziehen). Hinzu kommen Schikanen von Gegnern seitens der Staatsanwaltschaften, die Begrenzung der Rechte der territorialen Selbstverwaltung, die Zusammenlegung der Funktion des Justizministers mit der des Generalstaatsanwaltes oder die Beherrschung der Sejm-ausschüsse, in denen die Regierungskoalition die absolute Mehrheit besaß. Damit wurde die Gewaltenteilung als ein wichtiges demokratisches Grundprinzip deformiert und eine parlamentarische sowie außerparlamentarische Kontrolle der Regierung erschwert.

Die Zentralisierung der Macht auf ökonomischem Gebiet ist in der freien Marktwirtschaft schwieriger. Aber durch die Besetzung von Direktorenposten der Nationalbank, anderer Banken, wichtiger staatlicher Unternehmen, wie der LOT, der PZU (Staatliche Versicherung), von Bergwerken usw. mit eignen Leuten und die Drohung mit den Medien wurden wirtschaftliche Organisationen und Privatbetriebe eingeschüchtert.

Die Zentralisierung der Macht auf ideologischem Gebiet erfolgte durch die Beherrschung der öffentlichen Medien. Dazu gab es in den Schaltstellen, wie in den Rundfunk- und Fernsehräten auf der Grundlage entsprechender Gesetzesänderungen einen personellen Austausch. Mitglieder der Opposition waren danach nicht mehr vertreten. PiS hat den Rundfunk- und Fernsehrat in ein ihr gefügiges Organ umgewandelt, sich den personellen und programmatischen Zugriff auf die öffentlich-rechtlichen Medien gesichert, und die politische Kontrolle ausgeübt. Die privaten Sender sind durch eine Verstärkung der Kontrolle mit Hilfe politischer bzw. ökonomischen Drucks durch Finanzämter bzw. das Institut für das Nationale Gedenken (polnische Birthler-Behörde) auf Linie gebracht worden. Journalisten, die das Kaczynski-System kritisierten, wurden unter fadenscheinigen Gründen entlassen. Die Organisation „Reporter ohne Grenzen“ schätzte jüngst ein, dass Polen von den 27 Mitgliedsländern der EU die geringste Pressefreiheit besitzt. Es liegt von den EU-Ländern mit Platz 56 am Ende, da Pressevergehen kriminalisiert und verfolgt werden.

Feste Stützen für PiS waren die Springer-Blätter „*Dziennik*“ und „*Fakt*“ sowie die Medien von Pater Rydzik, wie „*Radio Maria*“ mit ca. 3 Millionen Hörern täglich und seinen antieuropäischen sowie antsemitischen Ausfällen, dem Fernsehsender „*Trwam*“ und den Printmedien. Hierzu gehört auch das neu geschaffene Geschichtsbild, das gesondert eingeschätzt werden müsste.

Die Partei Recht und Gerechtigkeit hat sich mit ihrer konfrontativen, aggressiven Politik bemüht, eine Unterordnung der Bürger im Sinne „der Staat hat immer recht“ zu erreichen. Wichtige Instrumente dabei und zur Dekommunisierung waren das Lustrationsgesetz (persönliche Offenlegung der Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der VRP) und die Antikorruptionsbehörde (CBA). Nach diesem Gesetz sollte ca. eine halbe Million Bürger, die vor 1972 geboren waren, Erklärungen bezüglich ihrer Zusammenarbeit mit den Geheimdiensten der VRP zwischen dem 22.7.1944 und dem 31.7.1990 abgeben. Bei Weigerung/Falschaussage drohten